

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Pettizeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 4 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 24. Januar 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die Fleischnot in Deutschland und ihre Ursachen. — Preislosen deutscher Unternehmer. — Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1911. — III. (Schluß). — Kriegsschulden. — Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. — Das Sattlergewerbe in München und die darin beschäftigten Personen im Jahre 1912. — Aus dem Jahresrückblick des christlichen Zentralblatts über das Jahr 1912. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Befestigung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 26. Januar bis 1. Febr.
ist der 5. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Bonn. In der Automobilfabrik der Firma
Kiepen befinden sich die Sattler im Abwehrstreik.

Hamburg. Die Arbeiter und Arbeiter-
innen der Treibriemenfabrik G. Scholz stehen
im Streik.

Magdeburg. Die Differenzen bei der
Firma Thieme sind, trotz aller gegenseitigen
Versicherungen, noch nicht geregelt, weshalb
jeder Zugang von Militärsattlern fernzu-
halten ist.

Offenbach a. M. Die Firma Maury
ist für Militärsattler gesperrt.

Werdau. In der Waggonfabrik befinden
sich die Sattler in einer Lohnbewegung, weshalb
Zugang streng fernzuhalten ist.

Die Fleischnot in Deutschland und ihre Ursachen.

Die letzten Leuerungsdebatten im deutschen Reichstag zeigten noch einmal mit Deutlichkeit, wie scharf der Gegensatz zwischen Proletariat einerseits und den bürgerlichen Parteien und Regierung andererseits ist. Es ist nicht nur ein Gegensatz von wirtschaftlichen Interessen, sondern auch eine geistige Kluft trennt die beiden. Wie verschieden sind die Auffassungen über die Begriffe „Elend“, „Not“ und „Wohlstand“ bei den Vertretern des Proletariats und bei denen der bürgerlichen Parteien.

Zwei Welten stehen sich gegenüber, die zwei verschiedene Sprachen reden. Die eine bedient sich der Sprache der Wahrheit, der Volksnot, die andere der Sprache der Lüge, der Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen. Darum ist für uns eine gründliche und mehr oder wenig objektive Untersuchung des Leuerungsproblems seitens eines bürgerlichen Gelehrten sehr willkommen. Wir wollen auf

Grund eines eben erschienenen größeren Werkes des Herrn Professors F. Ehlen — betitelt: „Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches, eine Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der Fleischteuerung und Mittel zur Abhilfe“ (erschienen bei Ferd. Enke, Stuttgart, 1912, Preis 7 Mk.) — das Problem der Fleischteuerung in seiner ganzen Tragweite behandeln.

Um aber die Grenzen eines Zeitungsartikels nicht zu überschreiten, werden wir in diesem Artikel nur das Wesen und den Umfang der herrschenden Fleischnot und ihre Ursachen schildern, und in einem bald folgenden zweiten Artikel werden wir die Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot besprechen.

Wir verstehen unter Fleischnot einen wirtschaftlichen Zustand eines Landes, in dem nicht genügend Fleisch für einen mäßigen Preis vorhanden ist. Dabei kommen hier drei Momente in Betracht. Der Stand des Fleischpreises, der tatsächliche Fleischverzehr pro Kopf und Jahr und das physiologische Minimum an Fleisch, das ein Mensch braucht, um seine physischen und geistigen Kräfte zu erhalten. Beginnen wir mit der Preisbewegung des Viehes und des Fleisches. Die Bewegung der Viehpreise in Deutschland vollzog sich folgendermaßen. Wir bringen hier nur die Verhältniszahlen. Während der Jahre 1900/1911 stieg der Preis der Ochsen um 31,1 Prozent und 26,6 Proz., der Färten und Kühe um 37,7 Proz. und 38,1 Proz., der Schweine um 14,3 Proz. und 16,7 Proz., der Kälber um 34,4 Prozent und der Hammel um 34,2 Proz.

Die Fleischpreise bewegen sich in der Regel parallel den Viehpreisen. Nur kommt es öfter vor, daß im Falle eines Rückganges der Viehpreise die Fleischpreise gar nicht oder nicht in demselben Maße sinken, wie die Viehpreise. Der Verfasser bringt eine Reihe von interessanten Tabellen, welche die Fleischteuerung in Deutschland illustrieren.

Auf Grund der aufgestellten Berechnungen kommt Prof. Ehlen zu folgendem Schluß: „An der Tatsache einer schon lange andauernden, bedeutenden und allgemeinen Preissteigerung des Schlachtviehes in Deutschland ist demnach nicht zu zweifeln.“

Die Einzelhandelspreise für Fleisch haben an dieser Preiserhöhung reichlich teilgenommen, wie die Klagen der Bevölkerung beweisen.“

Interessant ist die Feststellung der Tatsache, daß in der Zeit der Fleischteuerung der Fleischverbrauch zurückgegangen ist. Dies beweist mit Deutlichkeit, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nur das Nötigste verdienen. Jede Lebensmittelterteuerung trifft sie sehr empfindlich. Es entsteht eine Unterernährung mit allen üblichen Begleiterscheinungen. Nach den Berechnungen des Verfassers sollte der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre 1904—1911 45,1 Kilogramm

ausmachen. Das Gesundheitsamt gelangt zu einem höheren Durchschnitt, nämlich 52,3 Kilogramm pro Kopf und Jahr.

Der Verfasser kritisiert die Art und Weise der Berechnungen des Gesundheitsamtes und fügt hinzu, daß, wenn man die Gewichtsverluste des Fleisches durch Zubereitung beim Metzger abzieht, wir dann noch niedrigeren Fleischverbrauch feststellen werden, nämlich 38½ Kilogramm pro Kopf und Jahr. Es ist hier noch ein Moment zu berücksichtigen, nämlich die Verschiedenheit des Fleischverbrauches nach den Einkommensgrößen. Es ist klar, daß die wohlhabenden Familien mehr Fleisch verbrauchen als die minderbemittelten. Damit wird der Durchschnitt des Fleischverbrauches für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung noch kleiner sein. Der Verfasser äußert sich darüber folgendermaßen: „Wenn ein Zehntel der Bevölkerung das Doppelte der durchschnittlich auf den Kopf entfallenden Gewichtsmenge verzehrt, so vermindert sich die auf den Kopf der anderen neun Zehntel übrigbleibende Menge um rund 11 Proz., d. h. auf etwa 34,3 Kilogramm im Jahre.“

Ferner kommt der Umstand in Betracht, daß in den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung viel Wurst verzehrt wird, die wegen ihres großen Wassergehalts weniger nahrhaft ist, als das andere Fleisch. Die vielen Haushaltungsrechnungen, die in den letzten Jahren vom Staat, von den Gewerkschaften usw. unternommen worden sind, bestätigen die Tatsache des niedrigen Fleischverbrauches der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Professor Ehlen faßt die Resultate seiner Untersuchungen in folgenden Sätzen zusammen: „Häufig wird das Ergebnis der angeführten Haushaltungsrechnungen zusammen, so finden wir es in vollständiger Übereinstimmung mit unserer Rechnung des durchschnittlichen Fleischverbrauches auf den Kopf der Bevölkerung. Wir können annehmen, daß die wohlhabenden Schichten, die nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, wie die Erfahrung lehrt, das Doppelte und Mehrfache des durchschnittlichen Kopfverbrauches verzehren und daß der allgemeine Durchschnitt von den höchstgelohnten Arbeitern und der mittleren Angestellten nur gerade erreicht wird, während die breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land teilweise beträchtlich unter diesem Mittel bleiben.“

Ein bekannter deutscher Statistiker, Ballod, stellt fest, daß, um dem menschlichen Körper die notwendige Menge von Eiweiß zuzuführen, ein Fleischverbrauch von durchschnittlich 54,7 Kilogramm pro Kopf und Jahr notwendig sei. Auch das Gesundheitsamt stellt dasselbe Mindestmaß auf. Da aber das Gesundheitsamt mit einem falschen Durchschnittsverbrauch operiert, kommt er auch zu falschen Schlüssen: „Eine Fleischnot, ein allgemeiner Mangel an dem für die Eiweißzufuhr der Bevölkerung notwendigen Fleisch,

befteht im Reiche nicht." Demgegenüber äußert sich Prof. Ehlen: „Wir wissen aber, daß tatsächlich die vom kaiserlichen Gesundheitsamte angegebene Ziffer des Fleischverbrauches bei weitem nicht erreicht wird. Sie beruht auf einer Reihe von falschen Schlüssen und Fehlern in der Methode. Selbst wenn sie für den Durchschnitt richtig wäre, trüge sie infolge des überdurchschnittlichen Fleischverbrauches der Wohlhabenden für die minderbemittelte Bevölkerung nicht zu. Es liegt daher nahe, anzunehmen, daß der Fleischverzehr im Deutschen Reiche ungenügend sei, der Bevölkerung die nötige Eiweißnahrung zuzuführen, da er hinter der vom kaiserlichen Gesundheitsamte für notwendig erachteten Höhe zurückbleibt.“

Aber nicht nur die Fleischnahrung ist ungenügend, sondern auch im allgemeinen weisen die breiten Schichten der Bevölkerung eine Unterernährung auf. Der Verfasser äußert sich folgendermaßen: „Fassen wir das Ergebnis dieser Untersuchungen zusammen, so zeigen sie uns, daß sich tatsächlich, wenn auch nicht allgemein, so doch in weiten Kreisen der minderbemittelten Volksschichten eine ungenügende Ernährung findet.“ Besonders einleuchtend tritt diese Tatsache auf, wenn man die Ernährungsweise des deutschen Arbeiters mit der des amerikanischen und englischen vergleicht. Der amerikanische und englische Arbeiter kann für dieselbe Summe mehr Nahrungsmittel kaufen als der deutsche. Auch eine Wirkung des „südenlosen Zolltarifes“ des Deutschen Reiches! Dazu noch die höheren Arbeitslöhne in England und Amerika. Auch in Belgien und den Niederlanden sind die Lebensmittelpreise niedriger als in Deutschland. Seitens der Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Regierung wird oft auf die Steigerung der Arbeitslöhne hingewiesen, die auf eine Besserung der Lage der Arbeiter hinweisen. Prof. Ehlen bemerkt dazu: „Zwar haben sich die Löhne meist erhöht, aber ihre Kaufkraft hat sich nicht im selben Maße gehoben wie ihr Geldbetrag; ihre Erhöhung ist in manchen Fällen ganz oder nahezu ganz ausgeglichen worden durch die Preissteigerung.“

An der Hand einiger von verschiedenen Seiten vorgenommenen Berechnungen stellt der Verfasser fest, wieviel eine Familie für ihre Ernährung ausgeben muß. Eine fünfköpfige Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern, muß nur für Nahrung 854 Mk. im Jahre ausgeben. Eine Familie mit fünf Kindern schon 1080 Mk. Colver berechnet den Betrag, den eine vierköpfige Familie aufzubringen hätte, wenn sie sich mit der dreifachen Menge von Nahrungsmitteln versorgen wollte, die der Ernährung des deutschen Marinevolkes zugrunde liegt (im Durchschnitt von mehr als 170 Orten in Deutschland, für die Preisangaben über die Lebensmittel vorliegen für das Jahr 1911), auf 1257 Mk. 36 Pf. oder 24 Mk. 18 Pf. die Woche.“

Nach der Einkommensstatistik ist festzustellen, daß im Jahre 1911 41,2 Proz. der Bevölkerung Preußens in einkommensteuerfreien Familien lebten, d. h. in Haushaltungen mit weniger als 900 Mk. Einkommen im Jahre. Aus diesen Tatsachen ist zu schließen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung an Unterernährung leidet.

Aus den obigen Darlegungen gelangen wir zu dem Schluß, daß eine Fleischnot in Deutschland besteht, die noch verschärft wird durch die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel. Nun, welches sind die Ursachen der Fleischverteuerung? Von der Beantwortung dieser Frage wird auch die Beantwortung der Frage abhängen, welche Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot wir vorzuschlagen haben.

An dieser Stelle wollen wir die Ursachen der Fleischverteuerung kurz besprechen, um dann im zweiten Artikel im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung der Fleischnot darauf näher einzugehen. Zuerst kommt das Wachstum der Bevölkerung und die Veränderung ihrer Zusammensetzung zugunsten der städtischen Bevölkerung als Ursache der Fleischverteuerung in Betracht. Je größer die Bevölkerung, desto größer die Nachfrage; als Folge derselben die Steigerung der Fleischpreise. Dabei kommt be-

sonders das rasche Wachstum der städtischen Bevölkerung in Betracht. Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß der städtische Einwohner infolge seiner Lebensweise aus rein physiologischen Gründen mehr Fleischnahrung bedarf als der ländliche Einwohner.

Es ist für die Deutsche der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer geistigen Führer charakteristisch genug, wenn sie den steigenden Fleischverbrauch der städtischen Bevölkerung als ein Zeichen der Vergrößerung des Wohlstandes betrachten. Die Viehproduktion könnte nicht Schritt halten mit der raschen Zunahme der Bevölkerung. Besonders hemmend auf die Vermehrung der Viehproduktion wirkten die hohen Getreidezölle. Daß die Getreidezölle nur den Großgrundbesitzern zugute kommen, ist ein Allgemeinplatz geworden. Professor Ehlen äußerte sich über die Getreidezölle folgendermaßen: „Niedrige Getreidezölle sind demnach im Interesse der deutschen Volksernährung, der deutschen Viehzucht, des deutschen Bauernstandes, der weiterbreiteten Industrie, somit des gesamten deutschen Volkes.“ Herr Professor Ehlen tritt nämlich für die allmähliche Senkung der Getreidezölle ein. Natürlich konnte der Umstand allein, daß die heimische Viehzucht nicht instand ist, den Fleischbedarf allein zu decken, noch zu keiner Teuerung führen. Nur als sich die vollständige Abperrung des inneren Marktes von der Vieh- und Fleischimporte vollzogen hatte, trat die Teuerung in Erscheinung. Die hohen Vieh- und Fleischzölle, die veterinärpolizeilichen Maßnahmen sind als eine der wichtigsten Ursachen der Fleischteuerung zu betrachten. Im zweiten Artikel werden wir uns mit den Mitteln zur Bekämpfung der Fleischnot zu beschäftigen haben; dort werden wir auch näher auf die Ursachen derselben eingehen. Ch. R.

Dresshofaken deutscher Unternehmer

über das verhängige Urteil eines britischen Großindustriellen in Gewerkschaftsfragen.

Im Nr. 52, Jahrg. 1912, brachten wir den Brief eines der größten Unternehmer der heimischen Industrie Englands, Sir Alfred Mond, an den deutschen Professor Brentano zum Ausdruck, in welchem die Stellung britischer Großindustrieller zu den jetzt aktuellen gewerkschaftlichen Fragen gekennzeichnet ist. Daß diese verständige Ansicht den deutschen Scharfmachern nicht gefallen wird, war vorauszusehen, steht sie doch im schroffen Widerspruch mit ihren Ansichten über die moderne Arbeiterbewegung und ihren Bestrebungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete.

Um das Urteil Sir Alfred Mond's zu entkräften und das leuchtende Gleichgewicht deutscher Schleifsteindreher wieder herzustellen, wandte sich der Geschäftsführer der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Länzl er, an einen anderen britischen Großindustriellen, Lord Claud Hamilton, um seine Ansicht über Gewerkschaften und Tarifverträge zu äußern.

Lord Claud Hamilton ist Abgeordneter und Vorsitzender der Great Eastern Railway, eines Betriebes mit über 30 000 Arbeitern und sonstigen Angestellten, als zielbewusster Scharfmacher weit über die Grenzen seines Vaterlandes bekannt. Tiefen Ruf hat er sich, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, besonders im Jahre 1907 bei dem großen Eisenbahnerstreik erworben, der sich wesentlich um die „Anerkennung der Gewerkschaften“ drehte und gerade infolge der Halsstarrigkeit Lord Clauds als eines Führers der Eisenbahnverwaltungen fast dreiviertel Jahre lang hindur, so daß schließlich die Regierung unter Mond's Georges Leitung mit ihren Machtmitteln eingreifen und durch Aufrihtung eines Systems von Zwangseingangs- und -schießstellen der Beunruhigung der britischen Volkswirtschaft ein Ende machen mußte. Hamilton, der damals vielfach als der „englische Kirdorf“ gekennzeichnet wurde und mit seinen Scharfmachereien von der öffentlichen Meinung des Landes energisch zurückgewiesen worden ist, bekundet auch in dem Schreiben an Dr. Länzl er eigentlich nichts weiter als diese grundsätzliche Intransigenz des „Herrn im Hause“. Der sich mit den Gewerkschaften niemals in praktische

Verhandlungen eingelassen hat und einlassen will, sondern sie und alles, was an kollektivparitätischen Einrichtungen damit zusammenhängt, aus Prinzip mißbilligt.

Der Brief von Lord Claud Hamilton lautet:

„Ich bin erfreut, daß Sie mir die Ehre gaben, mich um meine Meinung über den Brief von Sir Alfred Mond Nr. 4, an Professor Brentano zu fragen, da der Brief, wenn er unbeantwortet bliebe, geeignet sein würde, einen ganz irrtümlichen Eindruck zu erwecken. Ich bin in der Tat erstaunt, daß ein Mitglied des britischen Parlaments einem auswärtigen Korrespondenten eine Zerstreuung macht, die so irreführend ist und so den Tatsachen entgegensteht. Wenn auch Sir Alfred Mond einer der Leiter eines blühenden geschäftlichen Unternehmens ist, so kann er doch nicht als ein zureichender Interpret der industriellen Dinge in Großbritannien angesehen werden.“

Ich stehe mit den Eisenbahnen dieses Landes seit 40 Jahren in Verbindung, seit 20 Jahren bin ich der Leiter der Great Eastern Railway, die 30 000 Arbeiter beschäftigt. Das Kapital, das im ganzen in den Eisenbahnen des vereinigten Königreichs investiert ist, beträgt mehr als 1100 Millionen Pfund Sterling, und mit Ausnahme der North Eastern Railway erkennt keine einzige dieser Eisenbahngesellschaften die Gewerkschaften der Eisenbahner offiziell an.

Seit die North Eastern Railway im Gegensatz zu den Anschauungen aller anderen Eisenbahngesellschaften es für angebracht gehalten hat, die Gewerkschaften anzuerkennen, das ist seit etwa 15 Jahren, befindet sich ihr Betrieb in dem Zustande fortwährender Unruhe und Insubordination, der oft in ganz ungerechtfertigten Streiks gipfelt.

Infolgedessen sind alle anderen Eisenbahngesellschaften in ihrer Anschauung auf bekräftigt worden, die Gewerkschaften nicht anzuerkennen und so wenig wie möglich mit ihnen zu tun zu haben.

Es ist richtig, daß die Eisenbahnen in Großbritannien Conciliation Boards haben, die ihnen durch die gegenwärtige Regierung aufgezogen worden sind, und wenn auch diese Conciliation Boards auf der Arbeiterseite vollständig aus Arbeitern, die im Dienste der Eisenbahngesellschaften stehen, zusammengesetzt sein sollen, so ist es den Arbeitern doch nachgelassen, sich einen Sekretär außerhalb des Betriebes der Eisenbahnen zu erwählen, und dieser Mann kann auch ein Beamter der Gewerkschaften sein, aber er wird von den Eisenbahngesellschaften nur betrachtet als ein privilegierter Außenleiter und nicht in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamter.

Es ist weiter richtig, daß viele große englische Kongerze, speziell diejenigen, die zum Bergbau, zur Stahl- und Eisenindustrie und zum Schiffbau gehören, die Gewerkschaften anerkennen und Vereinbarungen mit den Gewerkschaftsführern treffen, die sich auf die Arbeiterschaft beziehen; aber in einer großen Zahl von Fällen haben diese Firmen keine andere Wahl, besonders unter dem gegenwärtigen industriellen Geistes und namentlich unter dem Trade Disputes Act, sie konnten nicht vorwärts kommen im Gegensatz zu den Gewerkschaften. Wenn daselbst versichern mir viele führende Persönlichkeiten großer englischer Firmen, mit denen ich beständig in Verbindung stehe, mit einigen besonderen Ausnahmen, daß sie, wenn sie von dem Alp der Gewerkschaften befreit würden, ihre verschiedenen Unternehmungen wirksamer und auch für die Allgemeinheit vorteilhafter führen könnten.

Die Führer mancher Gewerkschaften, wenngleich ich offen gebe, daß es ehrenvolle Ausnahmen gibt, werden von allen unparteilichen Personen als bezahlte Agitatoren und Veranlasser von Streiks betrachtet.

Ich bedauere es, sagen zu müssen, daß die Verpflichtung christlicher Anerkennung der Verträge heutigentags häufig gebrochen worden ist durch die Gewerkschaften und manchmal auch durch die Arbeiter in direktem Gegensatz zu der Anweisung ihrer Führer.

Was den Mindestlohn anlangt, so hat das englische Parlament bisher keinen Mindestlohn festgesetzt bis auf den Ausnahmefall beim Kohlenarbeiterlohn von Südwales, und dieser Schritt war dem Parlament aufgezungen worden durch die gegenwärtige Regierung im Gegensatz zu der Meinung aller erfahrenen und verantwortlichen industriellen Männer.

Herr Ramsay MacDonald, der als Führer der Labour Party im Abgeordnetenhause angesehen ist, ist ein kluger und gewandter Politiker, aber er ist nicht, und ist es niemals gewesen, ein Arbeiter, und deshalb können seine Anschauungen eher als Ausdruck seiner politischen Auffassung angesehen werden, denn als der zureichende Ausdruck industrieller Anschauungen.

Als ich in das Parlament eintrat, es hat fast 30 Jahre her, hatte die Arbeiterschaft dieses Landes wohl Grund, sich zu beklagen über manche Arbeit-

bedingungen, besonders in den Fabriken und Kohlenbergwerken und ihr Interesse hatte keine ausreichende Vertretung in diesem Hause. Alles dieses hat sich aber geändert und die Interessen der Arbeit, das kann ohne Uebertreibung gesagt werden, überragen in dem gegenwärtigen Parlament alle übrigen Interessen.

Die Notwendigkeit für die Gewerkschaften als Beschützer der Arbeit hat zu einem guten Teile aufgehört zu existieren, und ich bin sicher, daß die Mehrheit der englischen Arbeitgeber froh sein würde, von ihrer Tyrannei und Bedrückung frei zu sein."

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das hervorragende Scharfmacherorgan und offizielles Publikationsorgan der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 12. Januar das oben abgedruckte Schreiben Lord Clounds mit der wörtlichen Einleitung:

„Kammern hat der englische Abgeordnete und Vorsitzende der Great Eastern Railways, d. h. eines Betriebes, der etwa 30 000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Lord Clound H. Hamilton, an Herrn Dr. Mr. Tänzler (dessen Abhandlung über die englischen Arbeiterverhältnisse wir in der vorigen Nummer besprochen haben) auf dessen Anfrage folgendes Schreiben gerichtet:"

„Mit dem letzten Satz: „auf dessen Auftrage folgendes Schreiben gerichtet:" will das gewerkschaftsfeindliche Unternehmerorgan den Antidein erweisen, als ob es den ganzen Wortlaut des Briefes veröffentlicht. Dem ist aber nicht so. Denn die von uns durch Fettdruck hervor gehobenen Sätze fehlen in dem von der „Arbeitgeberzeitung“ veröffentlichten Brief. Diese sind aber charakteristisch und besagen, daß, seitdem die Arbeiter eine Vertretung in Parlament haben, auch ihre Interessen wahrgenommen und zum Teil durch die Gesetzgebung geregelt werden. Diese dem Herrn Dr. Tänzler oder der „Arbeitgeberzeitung“ unangenehme Tatsache wird den Unternehmern unterschlagen, offenbar in der Absicht, das geistige Produkt eines englischen Scharfmachers noch brutaler erscheinen zu lassen. Wir gestatten uns diese journalistische Gewissenhaftigkeit ein für allemal festzumagen, wird doch so die Art, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ die Interessen der Schleifsteinbrecher vertritt, am wirksamsten beleuchtet und in den Augen aller antiständlich denkenden Leute gerichtet."

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1911.

III. (Schluß.)

Außer den Lohnsätzen sind in den Tarifen vielfach auch Lohnzuschläge für Ueberarbeit vereinbart. Im Berichtsjahre enthielten 2349 Tarife solche Bestimmungen, davon 2235 für Ueberstunden, 1849 für Sonntags-, 1633 für Nacharbeit und 611 für besondere Arbeiter. Für besondere Arbeiter (Ueberlandarbeiter, Montieren, gefährliche oder aufreizende Arbeiten) sind Lohnzuschläge in 15 Proz. aller Tarife vereinbart.

Die Lohnzuschläge für Arbeiterinnen sind noch immer recht selten, zeigen aber doch gegenüber den Vorjahren langsamen Fortschritt.

Eine Ergänzung zu diesen Lohnangaben bildet eine Tabelle des amtlichen Tarifwerkes, aus der sich ergibt, daß außer den vereinbarten tariflichen Löhnen in 666 Tarifen für 5918 Betriebe und 30 891 gelernte Arbeiter, sowie in 616 Tarifen für 2633 Betriebe und 34 267 ungelernete Arbeiter Vereinbarungen über Lohnäquivalente, wie Kost, Wohnung, Kleidung, Freizeitsport, bezw. Gesundheitsfürsorge für Freizeit, Brennmaterial, Provisionen, Speisen usw. enthalten sind. Diese Vereinbarungen kommen am häufigsten in den Tarifen der Brauereiarbeiter und Wäder sowie Sattlergewerbe, aber auch im Handels- und Verkehrsgewerbe vor.

Die Lösung des Arbeitsverhältnisses des einzelnen Arbeiters wird in 645 Tarifen allgemein geregelt. In 442 Tarifen ist die Dauer der Kündigungsfrist auf eine Woche, in 169 auf über ein bis zwei Wochen und in 33 auf mehr als zwei Wochen festgesetzt. Ueber den tariflichen Ausschluß der Kündigungsfrist gibt die Statistik leider keine Auskunft.

In der tariflichen Regelung des Arbeitsnachweises ist ein ganz erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Während im Jahre 1910 erst 315 Tarife Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung enthielten, sind diesmal solche Vereinbarungen in nicht weniger als 659 Tarifverträgen aufgenommen.

Diese Ergebnisse sind ein Beweis für die steigende Bedeutung der tariflichen Arbeitsnachweise, die sich in der Richtung zum paritätischen Sacharbeitsnachweis entwickeln. Sie stehen allerdings noch im Anfang der Entwicklung und müssen vielfach an vorhandene unparitätische Arbeitsnachweise anknüpfen, soweit sich diese des Vertrauens beider Parteien erfreuen. Diese Entwicklung ist so wichtig für die Gewerkschaften, daß diese alle Ursache hatten, die preussisch-ministerielle Einmischung in die Selbstverwaltung der Sacharbeitsnachweise und die Tarifvertragsfreiheit, wie auch die gleichgerichteten Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vereinbart worden sind, ist gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. Es ist dies wiederum eine Folge des Eintretens rüchsländiger Arbeitergruppen in die Tarifbewegung, denn es bedarf in der Regel erst einer längeren Periode des tariflichen Zusammenwirkens, ehe es zur Einigung gemeinsamer Tariforgane kommt. Die Zahl der Tarife mit solchen Organen beträgt im Berichtsjahre 1907 (1910; 2241).

Die Ergebnisse der vorliegenden Statistik der Tarifverträge des Jahres 1911 sind geeignet, den Blick auf die Invollkommenheiten der statistischen Erhebung selbst zu lenken und vor Uebersehungen nachdrücklich zu warnen. Der Vergleichswert der Zahlen der amtlichen Tarifstatistik ist so lange ein völlig unzureichender, als die letztere nur die im Berichtsjahre gerade in Kraft getretenen bezw. erneuerten Tarife umfaßt. Da die Tarife heute meist auf längere Zeiträume als ein Jahr abgeschlossen werden, so kommen in dem einen Jahr ganz andere Tarife in Betracht, als in dem anderen und es hängt daher der Gesamterfolg der Tarifbewegung eines Jahres sehr erheblich davon ab, ob gewerkschaftlich hochentwickelte oder gewerkschaftlich rüchsländige Verufe dabei beteiligt sind. Aber die Tarifstatistik verzeichnet nicht das Maß der errungenen Arbeitszeitverlängerung und Lohnverbesserungen, sondern das Maß der errichteten Arbeitszeit und Löhne, also Arbeitsbedingungen. Mit der Erweiterung der Statistik der Tarifbewegung eines einzelnen Jahres zur Tarifbestandstatistik wird es zwar noch immer nicht möglich sein, das Maß der tariflich gewerkschaftlichen Erfolge zweifelsfrei festzustellen, denn auch dann haben wir erst noch eine Statistik der tariflichen Arbeitsbedingungen, nicht eine solche der tariflichen Erfolge. Immerhin ermöglicht die alljährliche Aufarbeitung des gesamten Bestandes der Tarife und tariflichen Arbeitsbedingungen auch die Fortschritte festzustellen, die erreicht worden sind, da die Zahl der zu kürzerer Arbeitszeit oder höheren Löhnen Arbeitenden sich durch das Hinzukommen neuer Arbeitersichten mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Tariflöhnen sich ja nicht verringert, wenn auch ihr Anteil etwas beeinflusst werden mag.

Am Hinblick auf die bessere Vergleichbarkeit und Bewertbarkeit der Bestandsstatistik begrüßen wir den Entschluß des Statistischen Amtes, die Tarifstatistik zu vervollkommen. Wir hoffen, daß es dem Kaiserlich Statistischen Amt im Verein mit den Gewerkschaften gelingen wird, eine Tarifstatistik zu schaffen, die nicht nur den Beteiligten und vor allem der deutschen Arbeitsstatistik zur Ehre gereicht, sondern die auch das friedliche und aufbauende Wirken der Gewerkschaften denjenigen Kreisen offenbart, die sich in der Beschimpfung, Verleumdung und Verdrängung der Arbeiterorganisationen nicht genug tun können.

Denn ein gewaltiger Aufbau ist es, was diese Tarifstatistik befundet, ein Aufbau in der Entwicklung neuer Rechtsgrundlagen zu einem werdenden Arbeitsrecht, ein Aufbau in der sozialen Sicherung der ganzen wirtschaftlichen Existenz abhängiger Volksteile gegen Rechtsunkenntnis, Willkür und wirtschaftliche Uebermacht, ein Aufbau in pädagogischer Hinsicht durch Erziehung zu Disziplin und Vertragstreue, die die Sozialpolitik rückhaltlos anerkennt hat. Es ist kein Zweifel, daß diese Wirksamkeit der Gewerkschaften der ruhigen Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens zugute kommen muß und es ist charakteristisch für die Stellung des industriellen Scharfmachertums, daß sie dem Fortschritt des Tarifgedankens nicht bloß jeden möglichen Widerstand entgegensetzen, sondern die Tarifstatistik auch fortgesetzt zu diskreditieren suchen. Die Abneigung weiter Arbeitgeberkreise gegen die paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen kommt ja finnenfälliger Jahr für Jahr in der geringen Beteiligung an der Mitarbeit für die Tarifstatistik zum Ausdruck. Es sind dieselben Kreise, die die Gesetzgebung unter dem heuchlerischen Vorwand des Arbeitswilligenschutzes zur Unterdrückung der Gewerkschaften mißbrauchen möchten. In diesem Bestreben kann ihnen die amtliche Tarifstatistik allerdings nur unbenommen werden.

Die Gewerkschaften werden aber, so lange die Reichsgesetzgebung das Koalitionsrecht der Arbeiter achtet und die Grundlagen einer gleichberechtigten Einrechnung der Lohnarbeiter in das Wirtschaftsgefüge des Staates nicht antastet, an der Vervollkommenung der Arbeitsstatistik weiterarbeiten, denn sie brauchen sich nicht zu scheuen, ihr Wirken und Schaffen, ihre Kämpfe und Erfolge der weitesten Öffentlichkeit zu offenbaren. Sie sind keine Gehe im Bünde, wie die Kartelle, Syndikate und Arbeitgeberverbände der Unternehmer, — sie wirken im vollen Tageslicht und werden auch ihre Rechte in der Arena der Öffentlichkeit mit der größten Fähigkeit zu verteidigen wissen.

Kriegsforten.

1. Was folgt ein europäischer Krieg?

Noch kein Ultimatum! Die Note der Mächte überreicht! Die Abrechnung des Ultimatum! Die Verhandlungen werden ausgesetzt! So oder ähnlich so lauten die Nachrichten über den Verlauf der Londoner Friedenskonferenz, ohne daß sie erkennen lassen, ob endlich der Vorhang fällt und die aufgeführte Komödie zu Ende ist. In spaltenlangen Artikeln überbieten sich die einzelnen Tageszeitungen und verlinken der naivenen Hinweis, was ihre Korrespondenten alles erbracht haben und würdig ist, der Nachwelt erhalten zu bleiben. Es wäre endlich an der Zeit, wenn die Postamtstendenzreiter sich durchaus nicht einigen können, die Großmächte endlich dem Hin- und Hergerren, zuzunehmen des Friedens, Einhalt gebieten. Aber ja! scheint es, als seien ihnen die Kriegswolken zur Stärkung der eigenen Behauptung durchaus willkommen. Ueber die Prozentpartizipation erreicht sich ein wahrer Goldregen, dessen Köhnen die Arbeiter zum größten Teil zu decken haben. Was so ein europäischer Krieg kostet, darüber gibt uns eine von Dr. Charles Michet, Professor an der Universität Paris, in den „Documents des Fortschritts“ gemachte Aufzählung Aufschluß. Wenn der Krieg zwischen Dreibund und Triple-Entente ausbrechen sollte, um die Frage eines serbischen Abtrahens zu entscheiden, so wären die europäischen Staaten gezwungen, 21 Millionen Soldaten zu mobilisieren und 10 Millionen auf die Schlachtfelder zu entsenden. Diese Mobilisierung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande würde nach offiziellen Quellen umfassen:

Deutschland	3 600 000 Mann
England	1 500 000 "
Frankreich	3 400 000 "
Italien	2 800 000 "
Oesterreich	2 800 000 "
Rumänien	300 000 "
Rußland	7 000 000 "
Zusammen	21 200 000 Mann.

Wenn der Krieg durch die Streiffrage, ob Serbien eine Flotte halten dürfe oder nicht, entsocht würde, so wäre Europa gehalten, für Transpote, Bewaffung, Ausrüstung, Pulver, Verprobantierung wie andererseits durch Zerstörung von Städten und Dörfern zwei bis dreihundert Millionen Mark pro Tag auszugeben, was aus folgender Tabelle erhellt: Ausgaben pro Tag für die Gesamtheit der Großmächte:

1. Ernährung der Truppen (bei Annahme, daß die Lebensmittelpreise nicht sofort erhöht werden)	50 Mill. Mk.
2. Verpfllegung der Pferde	4 "
3. Sold	17 "
4. Entlohnung der Arsenal- und Waffenarbeiter (4 Mk. pro Tag)	4 "
5. Mobilisierung (im Mittel 100 Kilometer auf 10 Tage verteilt)	8 "
6. Transport der Lebensmittel, Ausrüstungsgegenstände, Waffen	16 "
7. Munition:	
Infanterie (10 Patronenkartons pro Mann u. Tag)	16 "
Artillerie (10 Schüsse per Geschütz und Tag)	5 "
Schiffsartillerie (2 Schüsse per Geschütz und Tag)	1 1/4 "
8. Heeresausrüstung (auf zehn Tage verteilt)	16 "
9. Sanitätswesen (500 000 Vermundete oder Kranke à 4 Mk. pro Tag)	2 "
10. Schiffsbewegungen (6 Stunden Fahrt pro Tag)	2 "
11. Rinderertrag der Steuern (25 Proz.)	40 "
12. Hilfeleistung für die Mittellosen (80 Pf. pro Tag für ein Fehmel der Reduktion)	27 "
13. Requisitionen, Schäden an Städten u. Dörfern; Brücken zc.	8 "
Summa	216 1/2 Mill. Mk.

Alle diese Ziffern würden sich insofern erhöhen, als unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten alle Preise steigen müssen. Alle Einkäufe müßten zu diesen erhöhten Preisen stattfinden und alle die notwendig werdenden Anleihen zu erhöhtem Zinsfuß abgeschlossen werden.

Ferner ist die Verbringung des Kriegsmaterials in Rechnung zu ziehen; angenommen, daß ein Drittel des Kriegsmaterials in Meer und Flotte zerstört werde, so belaufen sich die Verluste auf eine Periode von 30 Tagen diese Verluste an zerstörtem Kriegsmaterial auf 20 bis 30 Millionen Mark pro Tag. Die 70 Panzerschiffe Englands z. B. bedeuten allein ein Vermögen von 2½ Milliarden Mark; nimmt man an, daß ein Drittel dieser Flotte untere oder schwere Beschädigungen erleide, so würden sich die Verluste in der angegebenen Zeitspanne auf etwa 25 Millionen Mark pro Tag belaufen.

Man bleibt darum zweifelsohne unterhalb der Wirklichkeit, wenn man die Verluste am europäischen Volkvermögen auf 250 bis 300 Millionen Mark pro Tag anschlägt.

Wenn, um die Frage eines serbischen Adria-hafens zu entscheiden, der Krieg ausbräche, so würde man nach 14 Tagen mindestens 500 000 Vermundete und 100 000 Tote zählen, zusammen also an Menschenverlusten etwa hundertmal so viel als die Bevölkerung von Alessio oder Durazzo, mindestens jedoch wieviel als die Bevölkerung des Landstrichs, der den Hafen mit den von den Serben bewohnten Gebieten verbinden würde, und mehr als fünfmal so viele, als die Gesamtbevölkerung an der balkanischen Küste von der montenegrinischen bis zur griechischen Grenze ausmacht.

Wenn dieser Krieg um die Frage eines serbischen Adria-hafens entbrennen sollte, so würde ein großer Teil der Fabriken Europas geschlossen werden müssen, ein wesentlicher Teil des Handels Landes veröden, ein großer Teil des Handels zugrunde gehen, viele Banken bankrott werden.

Wenn dieser Krieg um die Frage, ob Alessio serbisch oder albanisch werden soll, entbrennen sollte, so würden Hungersnot und Cholera in London, Berlin und Paris, Wien und Moskau, Mailand und Rom ausbrechen, denn die Lebensmittelversorgung würde stöden, der Kräftezustand der Bevölkerung sich verschlechtern, und diese könnte den von den Serben her drohenden Epidemien weniger Widerstand leisten für die in Not und Elend geratenen Familien könnte außerdem nur unzureichende Fürsorge getroffen werden. Ein halbes Jahrhundert wäre notwendig, um die Ruinen wieder aufzurichten und den enttäschten Haß zu tilgen; mindestens 20 Millionen europäischer Familien würden in Elend, Trauer und Tränen gestürzt werden.

2. Krieg und Gewerkschaftsbewegung.

Welchen Einfluß ein Krieg auf die Gewerkschaftsbewegung hat, darüber kann man sich ein Bild machen, wenn man die sehr beachtenswerte Darstellung des bulgarischen Gewerkschaftsführers Dimitroff über den Einfluß, den die Mobilisierungen auf das ganze Wirtschaftslieben in Bulgarien ausgeübt hat, liest. Mit Rücksicht darauf, daß selbst die „christlichen“ Gewerkschaften in ihrer argenlosen moralischen Verleugung den Kriegshebern Vorkampfdienste leisten, anstatt an erster Stelle zu stehen, um das namenlose Unglück eines Krieges mit den heutigen Nordmaschinen von den Arbeitern fernzuhalten, geben wir die Ausführungen Dimitroffs wieder, um den Arbeitern einen klaren Einblick zu gestatten in die furchtbare Zeit, wo anstatt menschlicher Vernunft der Ausbund der Hölle regiert. Wir bemerken jedoch noch, daß die Wirkung einer Mobilisierung bei uns noch weit verheerender sein würde, da die verhältnismäßig schwache Industrie Bulgariens in gar keinen Vergleich gestellt werden kann mit der mächtig ausgeübten Industrie Deutschlands.

Dimitroff schreibt:

Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz erstreckt, meinen ausländischen Genossen nicht mit jenen Daten dienen, die notwendig wären, um sich ein vollkommen klares Bild über die Lage zu machen, auch kann ich nicht über die eventuellen Folgen berichten, die der Krieg für die kämpfenden Proletarier auf dem Balkan mit sich bringt.

Am 30. September wurde die Mobilisierung aller bewaffneten Kräfte in unserem Land angeordnet, und am 18. Oktober begannen die kriegerischen Operationen gegen die Türkei. Es wurden alle unter die Fahnen gerufen, die in der Armee gebient und das 46. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Auch wurden jene Rekruten einberufen, die erst im künftigen Jahre einrücken sollen. Ferner wurde die Verfügung getroffen, daß auch die im Jahre 1914 der Wehrpflicht Unterliegenden vor die Assezierungskommission geführt, assentiert und zur Dienstleistung einberufen werden. Die in Bulgarien

wohnenden Angehörigen, die nicht in der bulgarischen Armee gebient haben, wurden zur Pflichtdienleistung in den macedonischen freiwilligen Korps einbezogen. Vom männlichen Geschlecht werden zur Dienstleistung nur jene nicht einberufen, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, ferner die Alten und die zur Verwahrung der Militärmagazine beorderte kleine Zahl Militärfachlicher, deren größerer Teil wieder dem „Roten Kreuz“ zugeteilt wurde. Die Angehörigen des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenamts sowie die Arbeiter der Kohlenbergwerke „Pernik“ wie diejenigen der Transbalkanischen Eisenbahn „Debrina“ wurden zwar mobilisiert, doch nicht zum Militärdienst einberufen. Das ist notwendig ist, daß sie auch während der Dauer des Krieges ihre Arbeit leisten.

Schon seit den ersten Tagen der Mobilisierung ist die Produktion unterbrochen und ruhte jede Unternehmung. Es wird ausschließlich für die Bedürfnisse der Armee gearbeitet. Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Schreiner und Schmiede, die nicht zum Militär genommen wurden, sowie auch sämtliche Arbeiterinnen sind verpflichtet, in den Werkstätten der Verereslieferungskommissionen nur für die Kost zu arbeiten.

In den verschiedenen Städten wurden die Arbeiterklublokale in Werkstätten für Militärbehörden, für Magazine, ja in Lazarette für Verwundete umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbeispiel wurde auch im ganzen Lande der Besatzungszustand und die strengste Zensur über die Presse sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet, ja sogar die in öffentlichen Lokalen gepflogenen Privatgespräche werden zensuriert. Alle Versammlungen wurden verboten. Und damit die Arbeiterblätter nicht in der Lage sein können, die durch die bürgerliche Presse gemachte patriotische Stimmung zu fördern, verboten die Behörden das Erscheinen unserer Partei- und Gewerkschaftsblätter.

Unter solchen Umständen ist jede Tätigkeit unserer Organisationen suspendiert, da es ihnen unmöglich ist, ihren Aufgaben zu entsprechen. Sie können dies um so weniger, da von den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörenden ungefähr 10 000 Arbeitern höchstens zirka 500 (ungerchnet die Eisenbahn-, Post- und Telegraphenangehörigen) zu Hause geblieben sind und diese gegenwärtig arbeitslos abwarten.

Den bulgarischen Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterstützen. Unbeschreiblich ist das in die Verwerfung treibende Elend, in welchem die Arbeiter und Arbeiterfamilien dahinsinken. Ihr Los wird immer härter, unerträglich, einestels durch die außerordentliche Teuerung der Lebensmittel, andernteils aber durch das Nahen des unerbittlichen Winters. Nach dem weiter unten Angeführten kann man sich eine Vorstellung machen über die unmensliche Art, mit welcher man die Arbeiterfamilien, deren Ernährer ihr Blut auf dem Schlachtfeld vergießen, plündert.

Ein Sack Wehl (75 Kilogramm), der vor der Mobilisierung für 20 Frank verkauft wurde, kostet heute 35, ja 40 Frank. In denselben Maße stiegen auch die anderen Lebensmittel und die Löhne. In den Gemeindevertretungen ist es durch die Intervention der sozialistischen Vertreter gelungen, einige Geldunterstützungen für die nothleidenden Familien zu erwirken. So haben die Gemeindevertretungen in Sofia für diesen Zweck 500 000, die von Warna 50 000 und die in Plodiv 30 000 Frank angewiesen. Andere folgen diesem Beispiel wohl, doch ist es selbstverständlich, daß diese Unterstützungen ungenügend sind, und zwar schon darum, weil der größte Teil nicht zu denen gelangt, für welche er eigentlich bestimmt wurde.

Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene ihrer Mitglieder und deren zahlreiche Familie selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Außerdem sind die in den Klassen der Gewerkschaften vorhanden gewesenen 30 000 Frank zur Einberufung der Rot gerade nur ein Tropfen. Sollte dieser Zustand noch weiter andauern — und wahrscheinlich hält er noch zwei, drei Wochen, ja noch längere Zeit an —, so sind unsere Gewerkschaften außerstande, ihre Aufgaben ohne Beihilfe der ausländischen Gewerkschaften zu erfüllen.

Die Notwendigkeit der zur Unterstützung jener Arbeiter dienenden Geldmittel wächst immer mehr an, schon darum, da man auf dem Schlachtfeld Hunderte solcher Verwundeten aufliest, die Mitglieder unserer Gewerkschaften und die Genossen sind, für welche wir sorgen müssen, da jene ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, absolut ungenügend ist.

Mag der gegenwärtige Krieg mit welchem immer für einem Endresultat enden, so viel ist sicher, daß die Arbeiterbewegung in Bulgarien eine außerordentlich große Erschütterung erleben und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und

in den über uns noch kommenden schweren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen.

Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitgesetzes.

Das Hausarbeitgesetz, das am 1. April vorigen Jahres bereits in Kraft getreten ist, hat bisher noch keinen Beweis seines Daseins gegeben. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind leider solche, die erst auf dem Verordnungswege den Heimarbeitern zum Nutzen kommen können. Solche Verordnungen sind bisher noch nicht erlassen und die Paragraphen des Gesetzes, die allgemein für die Heimarbeiter nützliche Anordnungen treffen, sind noch nicht in Kraft getreten.

Vor allem handelt es sich um die §§ 3 und 4, die den Auszug von Lohnzetteln oder Lohnaufzählungen und die Ausgabe von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln anordnen. Diese Bestimmungen können leider durch Bundesratsverordnungen in der Weise durchbrochen werden, daß für einzelne Bezirke oder für bestimmte Bezirke von dieser Anforderung, wenn es der Bundesrat anordnet, Abstand genommen werden kann.

Von der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen veranstaltet, um solche Ausnahmen vorzubereiten. Es ist nicht bekannt, in welcher Art diese Erhebungen veranstaltet werden. Es dürfte sich aber empfehlen, daß die Heimarbeiter, insbesondere aber auch die Gewerkschaftsorganisationen sich darum bemühen, daß auch sie bei der Begutachtung mitgehört werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich zu Verordnungen wohl im wesentlichen nur dann verhalten, wenn auch die Gewerkschaftsorganisationen, die Heimarbeiter als Mitglieder oder als Vereinsangehörige zählen, sich bemühen, an der Hand des Gesetzes das Verlangen zu stellen, Anordnungen und Vorschriften zu erlassen. Diejem Zweck mögen einige Hinweise dienen. Der § 5 des Gesetzes schreibt folgendes vor:

„Die zuständigen Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten durch Verfügung für einzelne Gewerbebetriebe hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsverhältnisse und der Regelung des Betriebes in den im § 3 Abs. 1 bezeichneten Räumen anordnen, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Selbstverwundung der Hausarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit erforderlich und nach der Natur der Anlage ausführbar erscheint. Für die Ausführung ist eine angemessene Frist zu setzen.“

Für Betriebe, die bei Erlass dieses Gesetzes bereits bestehen, sind, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind.

Gegen die Verfügung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.“

Es ist also den Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben, wo die vorbezeichneten Lebensstände aufstreten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden, um Abhilfe zu verlangen.

Soweit bei der Beschäftigung der Heimarbeiter Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit sich ergeben, kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten, die zuständige Polizeibehörde gewisse Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter anordnen. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften für die Heimarbeiter die Initiative ergreifen, Anregung in Form von Eingaben, Versammlungsfindungen veranlassen, um schließlich die Gewerbeinspektion zu veranlassen, solchen Forderungen näherzutreten. Für die Nahrungsmittelindustrie können, soweit eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit durch die Art der Herstellung der Nahrungsmittel sich ergibt, bestimmte Anordnungen über Werkstätten und Betriebsbedingungen erlassen werden. Der Bundesrat kann fernerhin bestimmen, daß Heimarbeit, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Heimarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden ist, vollständig verboten wird. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften prüfen, für welche Bezirke diese Voraussetzungen zutreffen, um ein Verbot dieser Arbeit zu fordern.

Die Errichtung der Fachauschüsse, die im Gesetz vorgesehen sind, kann nur durch Anordnung des Bundesrats vollzogen werden. Obwohl diese Fachauschüsse keinen erheblichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter ausüben werden, dürfte es zweckmäßig sein, besonders in solchen Distrikten, wo bisher auch die Gewerkschaften gar keinen Einfluß auf die Lohnverhältnisse auszuüben vermochten, die Errichtung solcher Fachauschüsse anzuregen. Zweckentsprechend scheint es hier,

durch Petitionen an den Bundesrat, die Anregung für bestimmte Berufe und Bezirke zu geben; denn die Nachschüsse werden für den Beruf und Bezirk eingerichtet, erhalten also nicht eine große Ausdehnung, sondern mehr örtliche Wirksamkeit.

Von bürgerlichen Sozialpolitikern ist beabsichtigt, in Berlin eine Auskunftsstelle für Heimarbeitersreform einzurichten, die sich mit der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes beschäftigt. Ferner sollen örtliche Hilfsausschüsse eingesetzt werden, die den Heimarbeitern mit Rat und Tat zur Hand gehen sollen, damit sie die Rechte und Pflichten kennen lernen, die ihnen aus der Gesetzgebung erwachsen. Für die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich die Angestellten und Funktionäre ihrer Organisationen diejenigen, die die nötige Auskunfts- und Raterteilung übernehmen. Außerdem können Anfragen an die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin S. O. 16, Eingeliefer 14, gerichtet werden, die jederzeit bereit ist, Auskunft zu erteilen.

Das Sattlergewerbe in München und die darin beschäftigten Personen im Jahre 1912.

Das vergangene Jahr war in Bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Kollegenchaft an Plätze als günstig zu verzeichnen. Der unrichtigen Meinung, welche zu bald ihre Demission erbeten hatten, ist es gelungen, im Verein mit der freien Vereinigung der Arbeiter im Sattlergewerbe die bestehenden Tarife zu ergänzen und zu verbessern.

In den circa 64 Münchener Sattler- und Reifeartikelgeschäften, in denen 279 Kollegen und 36 Kollegen neben 70 Lehrlingen tätig sind, wurden unsere Abmachungen zum größten Teil anerkannt. Einzelne Versuche seitens der Arbeitgeber wurden ja immer wieder gemacht, um hauptsächlich bei Neueinstellungen die Entlohnung unter dem im Tarif festgesetzten Stundenlohn zu treffen.

Die Verhandlungsmacht wurde jedoch in solchen Fällen eingezogen und die Herren auf ihre gestellten Abmachungen verwiesen.

In 18 Mitglieder-, 1 öffentlichen und 1 außerordentlichen Generalversammlung sowie in einer größeren Anzahl von Werksrat- und Wanderversammlungen war es möglich, all die erforderlichen Punkte, die in unserem wirtschaftlichen Kampfe zur Erörterung standen, zu erledigen und der Lösung entgegenzuführen.

In den meisten Geschäften ist die normale Arbeitszeit 53 Stunden pro Woche, nur in einem Betriebe 48 Stunden.

Infolge des rückenhaltigen Anwachses durch die Entwicklung des Autos und den Eingang der Luxusgeschirrfabrikation ist das Kleingewerbe mehr und mehr übergegangen zum Handel und der Anfertigung verschiedener Reifeeffekten und sonstigen Sportbedarfartikeln.

Es dürfte sich auch hier der Spruch bewahrheiten: Je mehr ein Volk in seiner Kulturentwicklung voranschreitet, um so größer erscheint ihm sein Bedarf in Leder und lederartigen Gebrauchsgegenständen.

Es sind zurzeit an 53 solcher Kleinbetriebe in München vorhanden, wovon wiederum 39 als Kleinbetriebe zu rechnen sind und 14 nur einen Lehrling als Aushilfskraft haben. 33 Betriebe haben 1 bis 2 Gesellen, 13 Betriebe 3 bis 4 Gesellen, 7 Betriebe 5 bis 7 Gesellen, 6 Betriebe 8 bis 10 Gesellen, 4 Betriebe über 11 bis 15 Gesellen und 1 Betrieb arbeitet mit 21 Gesellen. Von den nun aufgezählten 64 Betrieben hatten 30 Firmeninhaber keine Lehrlinge, während auf die anderen 34 Betriebe 56 Lehrlinge entfielen.

In einer weiteren Anzahl von Fabriken, Drehereien usw. haben wir an 50 Kollegen im Sattlergewerbe. Ziehen wir noch den Sattlereibetrieb der Artilleriemerkantil in Betracht, wo zu normaler Zeit 125 Kollegen tätig sind, so erhalten wir ein Gesamtresultat von circa 480 Kollegen und Kolleginnen. Da aber die Mehrzahl von den zuletzt Angeführten glauben, ihre gesicherte Existenz in der Tasche zu haben, so ist es nur ein wesentlicher Bruchteil, der uns im wirtschaftlichen Kampfe mit unterstützt.

Wenn man nun so zum Jahresabschluss all die im Gewerbe tätigen Kollegen zusammenstellt, subtrahiert und dividiert, so ergibt sich, daß es noch einige Dubenb Kollegen sind, die fortgesetzt sich der aktiven Anteilnahme an Verbänden fernhalten. Aber alle nehmen sie gern vollen Anteil an dem, was bis jetzt durch unsere Organisation geschaffen wurde.

Und, Kollegen, nehmen wir weiter Einsicht in die finanzielle Lage unserer Ortsverwaltung. Auch hier können wir mit Genugtuung konstatieren, daß es uns möglich war, manche schwere Not der Kollegenchaft gelindert zu haben. Von den circa 10 000 M. Einnahmen der Ortsverwaltung haben wir an

200 M. für durchreisende Kollegen gegeben, an 1100 M. für Arbeitslose und über 2000 M. an Krankenunterstützung ausbezahlt.

Der Arbeitsnachweis nahm gegen die früheren Jahre einen wesentlichen Aufschwung. Von 158 Kollegen, die Arbeit suchten, war es möglich, 102 in vakante Stellen einzuweisen, und hier erlauben wir uns alle Kollegen dringend zu ersuchen, das Ausschauen zu unterlassen und zuerst den Arbeitsnachweis im Verbandslokal aufzusuchen. Weiter ist es aber die Pflicht der Kollegen, auch zu melden, wenn da oder dort eine Stelle vakant wird, damit wir unsere arbeitslosen Kollegen forthin weisen können.

Gleiche jeder erneut zu zur gemeinsamen Verhandlungsarbeit, dann wird es uns sicherlich auch gelingen, aus der momentan günstigen Periode weitere wirtschaftliche Vorteile zu erobren.

Ellinger.

Aus dem Jahresrückblick des christlichen Zentralblatts über das Jahr 1912.

Zehn, sehr düstert in der Mückelid, den sich das christliche Zentralblatt auf das verfloßene Jahr gefaltet. Und doch muß es zugeben, daß es ein an Ereignissen sehr reiches Jahr war. Aber es gibt noch mehr zu:

„Die durchweg günstige Wirtschaftskonjunktur hat der organisierten Arbeiterschaft um so mehr Veranlassung, durch praktische Gewerkschaftsarbeit ihre Lage zu verbessern, als die Lebensmittelerzeugung schwerer auf den münderbemittelten Volksschichten lastete und deren Lebenslage relativ herunterdrückte.“

Galten wir das seit. Um diese wirtschaftlich günstige Konjunktur auszunutzen, um durch praktische Gewerkschaftsarbeit die Lage der Arbeiter zu verbessern und einen Ausgleich zwischen Löhnen und den entsprechenden Lebensmittelpreisen herbeizuführen, haben drei Verbände im Ruhrbezirk eine Lohnbewegung begonnen, die im März 1912 dann zum Streik führte. Die christlichen Gewerkschaften suchten hingegen die Lohnbewegung selbst schon zunächst zu machen, und den Streik haben sie schließlich mit allen Mitteln des Betruges und der Gewalt mitteilen brechen. Und dann wagt das Zentralblatt noch zu schreiben:

„Am Vordergrund der gewerkschaftlichen Ereignisse stand für längere Zeit des Berichtsjahres der im März inangestiegene Ruhrbergarbeiterstreik, dessen Vorgeschichte, Verlauf und schmäblicher Zusammenbruch noch in aller Erinnerung sind. Der Ausgang dieses verfloßenen Kampfes wird seinen sozialdemokratischen Arbeitern — vorausgesetzt, daß sie überhaupt noch belehrbar sind — zum Bewußtsein gebracht haben, daß es ein für allemal ausgeschlossen ist, die christlichen Gewerkschaften dem sozialdemokratischen Agitationsinteresse dienlich zu machen oder sie im anderen Falle loszstreifen zu können. Ohne die christlichen Bergarbeiter erzielt die sozialdemokratische Richtung nichts, gegen sie erit recht nichts. Die christlichen Bergarbeiter haben sich mit ihrem heroischen Verhalten bei diesem denkwürdigen Kampfe ein großes Verdienst um die Reinhaltung des Gewerkschaftsprinzips und um die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung erworben. Für die sozialdemokratische Gewerkschaftsstaffit aber wird diese elend verkradte Bewegung für alle Zeiten ein unauslöschliches Denkmal der Schande sein.“

Ob dem Menschen, der dies niederschrieb, nicht die Schamröte ins Gesicht stieg? Welche Genugtuung spricht nicht aus den Zeilen, daß der Streik verloren ging. Welcher Stolz, daß Hunderttausende arme hartgeknupte Vergnappener einer Hand voll Grubenkapitalisten unterlag. Ein „unauslöschliches Denkmal der Schande“ haben sich die 25 000 Ruhrknappen gesetzt, als sie nach mehr Brot schrien, weil ihnen die Zentrumskrisen die Lebensmittel verteuert hatten! Keine Christen, nette Gewerkschaftler sind das, die solche infamen, von Arbeiterfeindschaft triebenen Zeilen in einem Jahresbericht in die Welt hinausenden. Und erlogen ist das Nachwerk auch noch. Der Gewerkschaftler christlicher Bergarbeiter sollte totgetreift werden. Er, mit denen die drei übrigen Verbände Hand in Hand gehen wollten. Ist man an der Zentrale der christlichen Gewerkschaften in Köln wirklich der Meinung, daß es noch einen vernünftig denkenden Menschen gibt, der ihnen ein solches Gefasel glaubt? Seit Jahren müssen die Herrschaften in Köln schwer arbeiten, um allerhand Niederträchtigkeiten, darunter die zahllosen christlichen Streikbrüche, zu verteidigen. Wer gezwungen ist, ein solch elendes Gewerbe zu treiben, der sinkt natürlich zu einer Moral herab, wie sie aus obigen, aus dem Zentralblatt wiedergegebenen Zeilen spricht.

Aus unserem Beruf.

20 Jahre Erststapierer. Der händigen Lage in den gewerkschaftlichen Organisationen über den häufigen Wechsel der Funktionäre, den auch wir lebhaft zu bedauern haben, können wir heute ein Musterbeispiel seltener Ausdauer und Ausopferung entgegen halten, in der zwanzigjährigen ununterbrochenen Tätigkeit unseres im Rheinland gut bekannten Kollegen Gustav Leopelt. Leopelt wurde am 28. Januar 1893 als Stapierer der Ortsverwaltung Elberfeld gewählt und ist heute noch in demselben Amte tätig. Die Ortsverwaltung Elberfeld-Barmen hat in früheren Jahren manch heftigen Sturm zu ertragen gehabt und wurden dort die bedeutendsten Kämpfe in der Mitländerkriege ausgetragen. In den letzten Jahren ist dieses weniger der Fall gewesen, dafür aber der Mitglieberstand ein stabiler geworden. An allen diesen Bedarfsfällen anter und schlechter Konjunktur ist unser Gustav als alter Mitländerkriege in vollstem Maße beteiligt gewesen und trotzdem hat er bis zur Stunde handgehalten. Wenn alle Zeichen nicht trügen, wird Leopelt die 25 Jahre noch voll machen und wird er aller Voraussicht nach der erste Funktionär in unserem Verbände sein, der auf eine solche lange Amtstätigkeit zurückblicken kann.

Die Arbeitslosigkeit unter den Sattlern und Portefeulikern im 1. Quartal 1912. Nach den Berichten für das Reichsarbeitsamt waren von den 13 431 männlichen und 1083 weiblichen Mitgliebern unseres Verbandes 1185 bzw. 83 insgesamt 15 229 Tage arbeitslos am Orte und 1039 Tage auf der Reise. Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit am Orte erhielten 471 männliche für 5941 Tage 7547 M. und 19 weibliche für 294 Tage 263 M. In 250 Fällen wurde für 820 Tage 820 M. Reiseunterstützung gezahlt. Trotz mehrmaliger Aufforderung in der Zeitung und trotz erfolglicher brieflicher Mahnung blieben es nachgenannte Verwaltungsstellen nicht für nötig, die gelben Berichtstafeln rechtzeitig einzusenden: Fürstentum, Puffelort, Elberfeld, Kassel, Enkheim, Frankfurt am Main, Bochum, Dortmund, Ansbach, Apolda, Chemnitz und Koblenz. Es besteht beim Hauptvorstand der dringende Wunsch, einen genauen Bericht an das Statistische Amt zu geben. Dies ist aber nur möglich, wenn alle Ortsverwaltungen die ihnen zugehenden Zählkarten ausgefüllt juristischschiden, gleichgültig, ob arbeitslos Mitglieder gemeldet waren oder nicht.

Aus Industrie und Handel.

Die Verstellung seiner Lederwaren und Reifeartikel im Jahre 1912 gestaltete sich nach dem Bericht der Offenbacher Handelskammer sehr günstig. Der zu Beginn des Jahres aus verschiedenen Gründen etwas schleppende Geschäftsgang wurde zwar erst im Sommer lebhafter, besserte sich aber dann bis zum Herbst demmaßen, daß in den meisten Fabriken trotz vermehrter Arbeitskräfte Liefermengen eingelegt werden konnten. Die deutsche Konsumtion hielt — durch den stetigen raschen Wechsel der Mode bezahlt — am Anfang der Saison mit ihren Bestellungen zurück, so daß später der Fabrikation die rechtzeitige Warenlieferung sehr erschwert wurde. Das Auslandsgeschäft in Lederwaren war durchschnittlich sehr gut, obwohl der Verkauf nach einigen Gebieten durch hohe Zollbelastungen, lästige Zollschikanen und gesteigerte Fabrikation der fremdländischen Konkurrenz fast unmöglich geworden ist.

Konzentration deutscher Waggonfabriken. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ läßt in ihrer letzten wirtschaftlichen Rundschau das Zusammengehen großer Unternehmungen zum Zwecke, gewinnbringende Staatsaufträge zu erhalten, Revue passieren.

Anscheinend hat die Erwartung aus der erweiterten Bestellung, die die Eisenbahnverwaltungen nach den Erfahrungen von den Verkehrsstörungen infolge Wagenmangels voraussichtlich erteilen werden, den Waggonfabriken den Anreiz zur Bildung eines zentralisierten Kartells gegeben. Es sind, wie in der Generalversammlung der Waggonfabrik Verdingen mitgeteilt wurde, Beitreibungen im Gange, die 42 deutschen Waggonfabriken zu einem Verband zusammenzuschließen. „Man hoffe dann eine Aufbesserung der Verkaufspreise, die trotz der erheblichen Beschäftigung und der gesteigerten Rohstoffpreise immer noch zu wünschen übrig ließen, durchsetzen zu können.“ Den Klagen der Waggonfabriken über unzureichende Preise der Staatsbahnverwaltungen Glauben zu schenken, wird man um so weniger geneigt sein können, wenn man die Dividendenentwicklung der Waggonfabriken betrachtet. Es zahlten unter anderem Dividenden:

1907/08 1908/09 1909/10 1910/11 1911/12

	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12
Fabrik, Waggonfabrik	12	14	12	16	19
Düsseldorfer Waggonfabrik	22	20	16	13	17
Waggonfabrik in Wörlitz	22	20	16	13	17
Waggonfabrik in Wörlitz	10	10	10	10	10
Gauner Waggonfabrik	15	9	7	7	8
Verbund, Waggonfabrik	10	9	8	7	9
Linke, Waggonfabrik, Breslau	20	22	25	24	35
Uerdingen, Waggonfabrik	12	8	6	4	7

Im Jahre 1911/12 sind die Dividenden also bei den meisten Waggonfabriken ansehnlich gestiegen. Wo ein Rückgang trat, wie bei der Wörlitzer Eisenbahnbedarfsgesellschaft, liegen besonders innere Gründe dafür vor, die mit der Rentabilität im Waggonbau nichts zu tun hatten. Ueber die Hauptursache der Dividendenreduktion machte die Verwaltung ihrer Generalversammlung im Herbst einige Mitteilungen. Sie erklärte damals, daß die Wirkung der beiden Streiks, namentlich des letzten von vier Monaten Dauer, sich als einschneidender erwies, als ursprünglich angenommen wurde.

Ein Kartell, und zwar ein sehr hochpreisendes, besteht bereits in der Waggonindustrie, es handelt sich um die Norddeutsche Wagenbauvereinigung, der 15 Werke angehören, und zwar: von der Typen A. Charlier in Köln, Waggonfabrik Linde in Breslau, Waggonfabrik Linders in Wörlitz, Düsseldorfer Eisenbahnbedarfsgesellschaft, Gebrüder Geyl in Mainz, Hebrand, Waggonfabrik in Köln, Hofmann, Waggonfabrik in Breslau, Degmann u. Co. in Kassel, G. Dietrich in Meisdorf (Sach), Killing u. Sohn in Hagen, Steinmüller Waggonfabrik, Waggonfabrik Goffen in Aachen, Eisenbahnbedarfsgesellschaft Saxfort in Duisburg, Talbot u. Co. in Aachen, Benda u. Co. in Grünberg, Danziger Waggonfabrik. Diesen 16 Betrieben werden von der preussischen Verwaltung 60 Proz. der Gesamtbestellungen, den übrigen Fabriken nur 31 Proz. überlassen. Angedacht durch die großen Gewinne der Waggonfabriken ist im Laufe der Jahre neue Konkurrenz entstanden, die bei anderen Vergewinnungen erheblich billigere Preise stellen, um Aufträge zu erlangen. Dieser Wettbewerb nötigt auch die Mitglieder der Norddeutschen Wagenbauvereinigung, entsprechende Konzeptionen in ihren Offerten bei privaten oder Auslandslieferungen zu machen. Wenn bei dem verstärkten Wettbewerb auch die Werke der Norddeutschen Wagenbauvereinigung erweitern ihre Betriebe — die gesteigerten Dividenden für 1911/12 nach bedeutenden Abschreibungen verteilt werden konnten, so ist damit der Beweis einer glänzenden Rentabilität gegeben. Den Waggonfabriken Monopolpreise zu zahlen, damit sie noch höhere Renten abmerken, haben die Staatsbahnverwaltungen wirklich keine Veranlassung.

Um 600.000 Mk. erhöhte die Waggonfabrik vormals H. Hebrand u. Co. zu Köln-Ehrenfeld ihr Kapital. Begründend wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß es bei dem Umfang der Aufträge wünschenswert sei, an Stelle der Inanspruchnahme von Banken eigene Mittel zur Beschaffung der erforderlichen, einen nicht unbeträchtlichen Wert darstellenden Rohmaterialien zur Verfügung zu halten und auch die Vertriebsmittel im allgemeinen zu verhärfen. Ueber die Ausföhrung wurde berichtet, daß inzwischen ein Auftrag der Staatsbahnverwaltung zur Deckung des Sommerbedarfs derselben für 1913 in ausreichender Menge eingegangen ist; auch sonstige größere Aufträge sind bereitgestellt worden. Die Preise seien etwas besser, aber immer noch nicht den gesteigerten Rohstoffpreisen und Löhnen entsprechend. Mit den beträchtlich gesteigerten Gewinnergebnissen läßt sich die Schlussbemerkung sehr schätzt vereinbaren.

Ueber die Beschäftigung in der Automobilindustrie lauten die Nachrichten andauernd günstig, und zwar wird als besonders vorteilhaft angesehen, daß der größte Teil der Beschäftigung sich nicht auf die Fabrikation von Luxusautomobilen, sondern von Geschäfts- und Lastautomobilen erstreckt. Aus dem Auslande sind auch von Staatsverwaltungen weiterhin verschiedene Bestellungen größeren Umfangs eingegangen. — Von 4 auf 7 Proz. kann die Karkasulmer Kraftwerke, A.-G., ihre Dividende erhöhen, das verfloßene Geschäftsjahr brachte, wie in dem Geschäftsbericht mitgeteilt wird, eine Periode stetiger Entwicklung. Mit Hilfe der Betriebsverweiterungen konnte ein Mehrumsatz von etwa 40 Proz. gegenüber dem Vorjahre erzielt werden, ohne daß die Epefen in demselben Maße gemachsen sind. Um das Fabrikationsprogramm vollkommen durchzuführen, hat sich ein weiterer Fabrikneubau, der voraussichtlich im Jahre 1913 bezogen werden kann, als erforderlich erwiesen. Ferner nahm die Gesellschaft noch weitere Arealankäufe vor, so daß der Grundbesitz jetzt rund 80.000 Quadratmeter beträgt. Durch dies alles und die umfangreichen Rohmaterialienankäufe soll die weitere Eröhdung des Grundkapitals um 1.200.000 Mark notwendig geworden sein.

Korrespondenzen.

Osnabr. (E. 15. 1.) Am 11. Januar fand unsere diesjährige erie Versammlung im „Marken“ statt, wogu sämtliche Mitglieder erschienen waren. Dessentlich wird es immer so bleiben. Denn soviel Lust und Liebe zur Sache sollte ein jeder haben, daß er weiß, wofin er gehört. Nur ein festes Zusammenhalten der Kollegen führt uns einzig allein dafür, daß wir das erreichen können, was wir uns als Ziel gestellt haben. In dieser Versammlung wurde ein Bericht über das Jahr 1912 gegeben. Es haben 21 Versammlungen stattgefunden, wovon in zweien unser Gauleiter referierte. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstände wurde wiedergewählt. Unser Gauleiter soll ersucht werden, an einer Betriebsversammlung teilzunehmen.

Mühlheim a. M. (E. 16. 1.) Am 13. Januar fand die übliche Jahresversammlung statt, in welcher der Kassierer die Abrechnung gab. Sodann berichtete der Kartelldelegierte. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Dann wurde über die neue Firma Kassel u. Co. gesprochen und eine Werkstattversammlung angeleitet. Zu bemerken wäre noch, daß es allen Kollegen viel nützen würde, wenn sie die Versammlungen besser besuchten.

Grünberg i. Schl. (E. 17. 1.) Am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, tagte im „Braunen Kirch“ unsere Generalversammlung, in welcher die bisherige Ortsverwaltung wiedergewählt wurde.

Zeitz. (E. 17. 1.) Sonnabend, den 11. Januar, fand im Restaurant von Kämpfe unsere diesjährige Generalversammlung statt. Gauleiter Busch referierte über das Thema: „Die freien Gewerkschaften und ihre Gegner“. Redner wies auf die Versuche der herrschenden Klassen hin, Zerspaltung in die Reihen der Arbeiterbewegung zu bringen. Er schildert darauf die Entstehung der Christ- und Sozialvereine, der christlichen Gewerkschaften, der Sozialorganisationen anarcho-sozialistischer Ueberzeugung und als letztes Gebilde die Entmischung und Entwidlung der gelben Organisationen. Der Umstand, daß die Unternehmer sich nicht in parteipolitische und religiöse Verbände zersplittern, muß uns ein Fingerzeig sein, die Zerspaltung in der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Der Anstich der freien Gewerkschaften schon in der Zahl der Mitglieder beweist uns, daß diese auf dem rechten Wege sind. Daher müssen wir diesen Vertrauen entgegenbringen. Hunderttausende von Arbeitern haben in den letzten Jahrzehnten eine Verbesserung ihrer Lebenslage erzielt. Auch unser Verband kann mit Bemühen auf die Erfolge der letzten Jahre zurückblicken. In Zeitz ist es durch die letzte Lohnbewegung in der Kinderwagenindustrie zu einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekommen. Die Arbeitszeit ist von 60 auf 57 Stunden pro Woche vermindert worden. Die Löhne sind annehmbar erhöht worden. Vor der Lohnbewegung fanden fortgesetzt bei den Arbeiterpartei Lohnabläufe statt. Dieses ist heute in der kraffen Weise wie früher nicht mehr der Fall. Bedauerlich ist es, daß sich in dem letzten Jahre eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen von unserem Verbande abgewendet haben. Für die Zukunft ermahnt uns ein derartiges Verhalten unser weiteres Vorgehen in der Verbesserung der Lebenslage der Berufsgenossen. Daß die Fabrikanten höhere Löhne zahlen können, beweist uns die Jahresabrechnung der Firma Kaether von 1911/1912. Trotz bedeutender Abschreibungen war die Firma in der Lage, den Aktionären eine Dividende von 13 Proz. zu zahlen. Das Gebete von dem Ruin der Zeitzer Kindertwagenindustrie vor zwei Jahren, wenn die Forderungen der Arbeiterpartei bewilligt würden, ist dadurch als hinfällig erwiesen. Entmutigen wir nicht, arbeiten wir rathlos an dem Ausbau unserer Organisation, so werden wir vorwärts schreiten in der Verbesserung der Lage unserer Berufsangehörigen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

Kollege Wöhrer gab den Jahresbericht des Vorstandes. Kollege Müller den Kasfenbericht, worauf die Wahlen zur Ortsverwaltung erledigt wurden.

Breslau. (E. 20. 1.) Sonntag, den 12. Januar, war unsere diesjährige Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch das vorige Jahr reich an Arbeit, reich an Hoffnung und auch reich an — Enttäuschung. Reich an Arbeit hauptsächlich für die leitenden Personen, was ja auch bei der Größe eines Arbeitsfeldes wie Breslau ganz natürlich ist. Reich an Hoffnung, da uns ja das vorige Jahr den Wändener Verbandstag brachte, und speziell wir Breslauer große Hoffnungen auf die Beschlüsse dieses Verbandstages setzten, die uns in unserem Fortkommen wesentlich unterstützen sollten. Reich an Enttäuschung, weil eben dieser Verbandstag unsere Wünsche absolut nicht berücksichtigte. Die Folgen sind nicht ausgeblieben, denn unter vielen Kollegen hat eine Verärgerung und

Gleichgültigkeit Platz gegriffen, die wir früher nicht kannten. Daran erklärt sich auch unser Stillstand trotz aller Agitationsarbeit. Doch hoffen wir, daß das jetzige Jahr besser abläuft, es reich an Erfolgen sein möge; an unserer Mitarbeit wird es sicher nicht fehlen.

Die Neuwahlen der Ortsverwaltung haben ergeben, daß Kollege Rudolph, der schon fünf Jahre den Vorsitz führt, auch wiederum mit erheblicher Majorität als Vorsitzender gewählt wurde. Unser bisheriger Kassierer hat sein Amt niedergelegt, und es ist an dessen Stelle ein Kollege gewählt worden, der in Kasengeschäften gut eingeführt ist. Der Schriftführer ist derselbe geblieben; sonst hat sich nicht viel geändert.

Nach diesen Verwaltungstragen sprach noch Gauleiter Kollege Varisch über unsere nächsten Aufgaben unter Berücksichtigung der Gauleiterkonferenz. Er hob besonders hervor, daß das laufende Jahr aller Voraussicht nach für die deutschen Gewerkschaften ein Kampfsjahr erien Manges werden wird, denn alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir Lohnkämpfe von ungeheurer Ausdehnung bekommen werden. Solidarität sei daher in solchen Zeiten doppelt nötig; es müsse jeder seine Pflicht tun, um uns noch fernstehende Kollegen aufzuklären.

Kassel. (E. 20. 1.) Freitag, den 17. Januar, fand im Lokal Sommer unsere erste Generalversammlung in diesem Jahre statt. Nachdem der Kassierer seinen Kasfenbericht gegeben, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr für die Verwaltungsverhältnisse Kassel ein verhältnismäßig arbeitsreiches war. Von drei Lohnbewegungen wurden zwei mit gutem Erfolg beendet. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes. Hoffen wir, daß in diesem Jahre der größte Teil der Kollegen nicht mehr so interesselos dahinschlief, sondern eine größere Arbeitsfreudigkeit zeigt. Die Versammlungen besucht und so dem Vorhand hilft, das große Arbeitsfeld zu heudern, was noch vor uns liegt.

Freiburg i. Sa. (E. 21. 1.) Am 18. Januar hielt unsere Jahreshilfe ihre Generalversammlung im Meisanzau des langjährigen Mitgliedes unseres Verbandes, Kollegen Otto, ab. Der Vorsitzende, Kollege Wüthner, erstattete an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kassierers Bericht für das vierte Quartal 1912. Im Anschlusse hieran gab er der Versammlung die den Mitgliedern interessierenden Punkte des Jahresberichts bekannt und betonte hierbei, daß zwar am Schlusse des Jahres ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen sei, dieser sei aber nicht durch Austritte, sondern durch Abzüge der Mitglieder in der Militärbranche erfolgt. Weiter gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die ausgetretenen Kollegen sich bisher stets freiwillig, ohne Aufforderung, unserer Gewerkschaft angeschlossen hätten, und er hofft, daß dies auch in Zukunft geschehen werde, denn mit den an den Quaren Derangezogenen sei auf ein dauerndes Bleiben nicht zu rechnen. Bei der nun folgenden Neuwahl der Funktionäre erklärte der bisherige Vorsitzende, daß er leider eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten ablehnen müsse, und bat die Versammlung, ihn in den „Ruhestand“ zu versetzen. Das Ergebnis der Wahl war, daß Kollege Singer mit großer Majorität zum Vorsitzenden gewählt wurde. Singer lehnte aber seine Wahl ab und motivierte das dadurch, daß es sich nicht um seinem Gewissen vereinbare, dem Wunsche des bisherigen Vorsitzenden kurzerhand stattzugeben; er war auch auf dringliches Zureden des Kollegen Wüthner nicht zu bewegen, sein Mandat anzunehmen. Da hierauf keiner der vorgeschlagenen Kollegen eine Wahl annahm, erklärte der Vorsitzende, diesen Punkt bis zur nächsten Quartalsversammlung auszuweichen, um den Kollegen die Möglichkeit zu geben, Umshaw zu halten. Die anderen bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt und nahmen dieselben ihre Ämter nicht aus ehregeizigen Motiven, sondern im Interesse der gemeinsamen Sache wieder an. Darauf erstattete Kollege Arnold Bericht über die Kartellierungen und forderte die Kollegen auf, die Beratungen und Unterrichtsbesuche des Gewerkschaftsartells zu besuchen. Auch der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, die Generalversammlung des Kartells zu besuchen. Erst dort können sich die Kollegen überzeugen, was im Jahre für Arbeit geleistet worden sei. Es wurden noch verschiedene lokale Angelegenheiten erledigt. Hierauf nahm Kollege Jehmlich 1 nochmals das Wort zur Wahl des Vorsitzenden und schlug vor, daß der bisherige Vorsitzende die Geschäfte unserer Filiale doch weiter führen möchte und ihm zur Erleichterung einen Stellvertreter zur Seite zu stellen, zumal doch sämtliche bisherigen Funktionäre ihre Ämter wieder angenommen hätten. Als Stellvertreter wurde Kollege Schubert vorgeschlagen, der aber aus wichtigen Gründen nicht anwesend war. Kollege P. Fiegler begreute allen diesen Einwänden. Uner diesem Vorschlag erklärte Wüthner, die Geschäfte weiterzuführen und den Kollegen Schubert in die Lehre des Gewerkschaftslebens zu nehmen.

Schubert nimmt hierauf die Wahl als Stellvertreter des Bevollmächtigten an. Somit war auch dieser Punkt erledigt.

Kollegen, diese Verammlung hat es gezeigt, daß die Kollegen bei gutem Willen es doch möglich machen können, in die Versammlungen zu gehen. So einen zahlreichen Besuch wie diesen hatten wir lange nicht zu verzeichnen. Wenn dieser Besuch anhalten soll, so ist es nun die Pflicht der anwesenden Kollegen, daß sich jeder eines der Schwämme mit aller Energie annimmt und zum Besuche der Versammlungen anhält. Denn nur dadurch wird es möglich sein, diese Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit zu wecken. Darum erneut im neuen Jahre an die Arbeit!

Wörlitz. (E. 21. 1.) Am 11. Januar hielt unsere Zunftstelle die diesjährige Generalversammlung ab. Nach Eröffnung des Klassen- und Geschäftsberichts pro 1912 gab Geweiler Kollege Parich einen Heberblick über die Tätigkeit im vergangenen Jahre. Betreffs Agitation wies er darauf hin, daß in diesem Jahre ebenso tüchtig gearbeitet werden soll wie im Vorjahre. Der bisherige Bevollmächtigte und Kassierer wurde wieder- und eine aus 6 Kollegen bestehende Agitationskommission neu gewählt.

Strasburg i. G. (E. 21. 1.) Am 18. Januar fand bei äußerst zahlreichem Besuch unsere diesjährige Generalversammlung statt. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist erwähnenswert der Jahresbericht der Ortsverwaltung, welcher vom Vorsitzenden in ausführlicher Weise erörtert wurde und welchen wir in kurzen Auszügen in nächster Nummer wiedergeben. Die Geschäftsführung der Ortsverwaltung fand allgemeine Zustimmung. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher Funktionäre in ihren bisherigen Stellungen. Der Vorsitzende benutzte diese Gelegenheit, allen Kollegen, welche im Jahre hindurch durch Mitarbeit an den Verbandsgeschäften sich nützlich gemacht haben, die Anerkennung der Versammlung auszusprechen. Gleichzeitig wies er darauf hin, wie vorteilhaft es für eine Verwaltungsstelle ist, wenn unter den leitenden Kollegen nur selten gewechselt zu werden braucht. Ein Antrag aus der Versammlung, in diesem Jahre ein Familienfest abzuhalten, fand allgemeine Zustimmung und wurde als Datum der 15. Februar festgesetzt.

Die aus der Zweigstelle recht vollzählig anwesenden Kollegen der Militärtextilfabrik Birenbreier führten Besprechung über die bräusete Behandlung, welche ihnen von Seiten des Prinzipals im Verein mit seinem Zugsführer, dem früheren Kollegen Robert, zuteil wird. Herr Birenbreier sucht gegenwärtig Sattler in verschiedenen Zeitungen. Wir möchten aber bezweifeln, ob die Zustände, wie sie geschildert wurden, dazu angetan sind, das Arbeiten in dem Betriebe erträglich zu machen. Jedenfalls eruchen wir die Kollegen, welche dort ein Arbeitsangebot annehmen wollen, sich vorher Auskunft bei der hiesigen Ortsverwaltung einzuholen.

Aus anderen Organisationen.

Der Landarbeiterversband, der das jüngste Glied unter den gewerkschaftlichen Zentralorganisationen bildet, hielt seinen Verbandstag in der Weihnachtswoche in Berlin ab. Der Verband hat eine recht günstige Entwicklung durchgemacht und zählte am 1. Oktober bereits 17 237 Mitglieder; darunter befinden sich etwa je 8000 Gutsarbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter und rund 4000 Waldarbeiter. Die Landwirtschaftskammern suchen das Vordringen des Verbandes durch die Verteilung eines gelben Organs, des „Deutschen Landarbeiters“, aufzuhalten. Die Tätigkeit des Verbandes erstreckt sich neben Lohnkämpfen und Unterrichtsleistungen zu einem großen Teil auf die Gewährung von Rechtschutz, der allein im letzten Halbjahr 698mal in Anspruch genommen wurde. Die Verhandlungen des Verbandstages erstreckten sich denn auch vorwiegend auf Rechtschutzfragen und stehen verschiedentlich die Rechtslosigkeit der Landarbeiter besonders in Preußen erkennen. Die inneren Einrichtungen des Verbandes erfuhr durch diese Tagung nur insoweit eine Änderung, als die unterste Beitragsklasse (für Weibliche) monatlich von 30 auf 40 Pf. erhöht und neben den bestehenden Klassen mit 60 und 80 Pf. eine neue höhere mit monatlich 1 Mk. Beitrag geschaffen wurde. Der bisher recht lange Verbandname wurde in „Deutscher Landarbeiterversband“ umgewandelt.

Der Deutsche Bauarbeiterversband hielt seinen ersten Verbandstag, nach der Verschmelzung der verschiedenen Bauarbeiterberufsverbände, in der Woche vom 13. bis 18. Januar im „Volkshaus“ zu Jena ab. In Anbetracht der diesjährigen Tarifbewegung sind seine Verhandlungen über den Kreis der eigenen Mitglieder hinaus von Interesse und Bedeutung. Nach dem Vorstandsbericht ist die Verschmelzung besser von statten gegangen, wie die größten Optimisten je gehofft haben. Dem Agitationswertstreit der einzelnen Berufe ist es zum guten Teil gelungen, wenn die Zahl der Mitglieder im Laufe

eines Jahres sich um mehr als 100 000 vermehrt und nun 350 000 überschritten hat. Das Verbandsermögen beläuft sich auf über 12 Millionen Mark, so daß den kommenden Kämpfen mit Ruhe entgegengetreten werden kann. Mit auch der rein geschäftliche Teil mit Befriedigung von den Delegierten aufgenommen und ohne wesentliche Debatte gutgeheißen worden, so spielten doch Differenzen zwischen dem Vorstand einerseits, dem Ausschuss und Geweilern andererseits eine große Rolle in der Diskussion, die sich im Laufe von Rede und Gegenrede als Mißverständnisse aufklärten und damit erweisen, daß der an Stelle des Genossen Hölzelburg mit der provisorischen Geschäftsleitung betraute Genosse Raeplog, der Ausschussvorsitzende Genosse Döhrne und Genosse Silber-schmidt eine gemeinschaftliche Erklärung abgaben, wonach keiner von ihnen die Absicht hatte, durch seine Maßnahmen den anderen zu verletzen und daß keine der leitenden Körperschaften die Absicht hatte, irgendwelche Gegenstände heraufzubehämmern. Der Verbandstag hielt mit dieser Erklärung die Angelegenheit für erledigt.

In seinem Referat über die Tarifbewegung ging Genosse Silber-schmidt auf die Missverständnisse der Unternehmer ein, wie Materialsperrere, Verwindung von Arbeitsnachweiser, Verweigerung der Weisgebung in bezug auf Arbeitswilligkeit und Schaffung einer Streiklausel. Die Tarifbrüche der Unternehmer zeugen davon, daß die Bevollmächtigten an eine friedliche Regelung der Tarifbewegung nicht denken. Auch versuchen die Unternehmer die öffentliche Meinung zu ihren Günstigen zu beeinflussen, indem sie die falsche Koriz in bürgerliche Zeitungen lancieren, die Bauarbeiter verlangen 50 Proz. Zulage. Die Bauarbeiter stellen keine Forderungen aus Hebermat, sondern wollen nur eine Lohnerhöhung, die ihnen einen Ausstieg zur Lebensunterhaltung ermöglicht. Eine Arbeitszeitverkürzung ist in den Gebieten durchzuführen, wo sie als notwendig erachtet wird. Das Vertragsmuster und die Bestimmungen über die Akkordarbeit bedürfen einer Änderung. Die Frage des Arbeitsnachweises muß geregelt werden. Nebher mahnte, sich nicht einer friedlichen Stimmung hinzugeben und klar zum Gesichte zu rufen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte der Verbandstag sein Einverständnis mit den Ausführungen und den bisher getroffenen Maßnahmen des Verbandsvorstandes. Ueber Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote kann nur ein Verbandstag die Entscheidung treffen. Beschlüsse wurde mit 301 gegen 87 Stimmen die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. Der nach Abschluß der Tarifverhandlungen stattfindende außerordentliche Verbandstag wird dann die endgültigen Bestimmungen treffen. Eine Jugendabteilung für Angehörige bis zum 17. Lebensjahre und für Lehrlinge mit einem wöchentlichen Vertrage von 10 Pf. soll eingerichtet werden. Ebenso die Unterstützungs-kasse für aquatorialisch tätige Verbandsfunktionäre. Die bisherigen 12 Beitragsklassen wurden auf 6 mit folgender Beitragsleistung reduziert:

Beitrags-klasse	Bei Stundenlöhnen	Beitrag pro Woche	Dis-anteil
1	bis einschließl. 35 Pf.	40 Pf.	8 Pf.
2	über 35 bis einschl. 45	50	10
3	45 „ „ 55	60	12
4	55 „ „ 65	70	14
5	65 „ „ 75	80	16
6	75 „ „	90	18

Die Streikunterstützung wird von 9—21 Mk. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsklasse, neu geregelt.

Die Krankenunterstützung beträgt künftig pro Tag nach einer Mitgliedschaft über

Beitragsklasse	2 Jahre	4 Jahre	6 Jahre	8 Jahre
1	40	45	55	65
2	55	55	60	70
3	60	65	70	80
4	70	75	80	90
5	80	85	90	100
6	90	95	100	110

Die Unterstützung in Sterbefällen beträgt 25 bis 100 Mk.

Eine rege Debatte rief noch die Gehaltsregelung der angestellten Funktionäre hervor, welche aber doch mit überwiegender Majorität angenommen wurde. Die Gehälter betragen: für den ersten Vorsitzenden 3800 Mk., in den beiden nächsten Jahren steigend um je 200 Mk. bis zum Höchstgehalt von 4200 Mk., für den Leiter des literarischen Bureaus 3600 Mk., steigend um je 150 Mk. bis 3900 Mk. Für die übrigen Vorstandsmittglieder soll das Anfangsgehalt 3400 Mk. betragen, jährlich steigend um 100 Mk. bis zu 3600 Mark. Die Bezirksleiter erhalten 2700 Mk., steigend um jährlich 100 Mk. bis 3400 Mk., die ständigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau 2400 bis 3200 Mk., bei einer jährlichen Steigerung um ebenfalls 100 Mk. Für die Zweigvereinsbeamten sollen nur zwei Klassen geschaffen werden. In Orten, wo der Stundenlohn

der geleerten Arbeiter unter 50 Pf. beträgt, ein Anfangsgehalt von 2000 Mk. bis zu einem Endgehalt von 2800 Mk.; in Orten mit einem Stundenlohn von über 50 Pf. 2400 bis 3300 Mk., jährlich steigend um 100 Mk.

Bei der Wahl des Vorstandes dieser bedeutenden Frage des Verbandstages wurde Raeplog-Hamburg einstimmig als Vorsitzender gewählt. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wurden Behrendt wieder- und Winzig neugewählt. Winzig wurde zugleich Leiter der literarisch-statistischen Abteilung. Als Kassierer wurde Kober wiedergewählt, ebenso die bisherigen Sekretäre. Silber-schmidt wurde neu in den Vorstand gewählt, er bleibt aber in Berlin. Als Redaktoren wurden Ellinger-Hamburg wieder- und Otto-Portmann neugewählt. Vorsitzender des Ausschusses bleibt Döhrne-Berlin.

Der Verbandstag beauftragte den Vorstand noch, auf dem Grabe Hölzelburgs einen Gedenkstein setzen zu lassen.

Die in Berlin gepflogenen Verhandlungen der Zentralverbände in Holzgewerbe sind nach kurzer Beratung gescheitert. Die Arbeitgeber hatten ihre Zugeständnisse für die einzelnen Städte in bezug auf eine Lohnerhöhung und auf eine Verkürzung der Arbeitszeit schriftlich niedergelegt. Diese Zugeständnisse wurden jedoch von den Arbeitervertretern als zu gering bezeichnet. Die Arbeitgeber hielten besonders an dem prinzipiellen Standpunkt fest, daß die Arbeitszeit in den Städten, in denen sie 54 Stunden und weniger beträgt, nicht verkürzt werden dürfe. Da die Arbeitervertreter diesen Standpunkt nicht anerkennen wollten, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Nach einer Bekanntmachung in der „Nachricht der Tischlermeister und Holz-industriellen“ des Herrn G. Mahardt wird die Aus-sprechung in den 51 Vertragsgebieten am 16. Februar ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter vorgenommen. Unter gar keinen Umständen dürfen während der Aussprechung, von der schätzungsweise 62 000 Arbeiter betroffen werden, fremde Arbeiter eingestellt werden. Die im Holzgewerbe beschäftigten Personen werden sich durch diese Drohung nicht einschüchtern lassen. Ist es doch nicht das Kriterium, daß sie gegen die aussperrungs-wichtigen Unternehmer ihren Mann gefunden haben. Die Arbeiterchaft Deutschlands setzt ihre Ehre darin, den kämpfenden Holzarbeitern völlige Solidarität zu erweisen. — Einen ähnlichen Ausgang werden die am 21. und 22. Januar im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Brenner betriebenen Tarifverhandlungen im Baugewerbe zeitigen. Auch hier beabsichtigen die Bauergewaltigen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Da auch die 45 000 christlich organisierten mit den 350 000 frei organisierten Bauarbeitern und circa 60 000 Zimmerern einig sind, dürften sich die Herren Unternehmer ebenso wie im Jahre 1910 verrechnen.

Soziales.

Krankenkassenverbände und Leipziger Ver- teilerverband. Von dem Hauptverband deutscher Krankenkassen, Dresden; Hauptverband deutscher Ver-triebskassenverbände, Essen; Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln; Allgemeiner deutscher Knappschafferverband, Berlin; Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover; Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin werden wir er-läut, folgende „Erklärung“ zu veröffentlichen:

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten ver-treten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigten und in der Arztfrage in allen Punkten völlig einig geben, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den drin-genden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichs- amt des Innern in dankenswerter Weise eingeleit- eten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbän- den der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig ge-scheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staats- sekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichs- amt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurück- stellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Ärzteverband trotz wiederholter Vorstel- lungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann

entfenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Arztvereine seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, und von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorarbeiten machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Monierenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankentassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankentassen- und Arztvereinen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Frieden in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Minderheiten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Arztverband steht den Krankentassen Kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angehäuft, er hat örtliche Arztvereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankentassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankentassen ist es in Wahrheit ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankentassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Geldleistung zu geben.

Rundschau.

Der Reichstag hat sich im Laufe der vorigen Woche sehr eingehend über die Sozialpolitik unterhalten, die er nicht gemacht hat, die er nicht machen oder die er gar rückwärts revidieren soll. Die sozialdemokratischen Abgeordneten klagen über den Stillstand auf sozialpolitischem Gebiete und weisen nach, wo die Reichsregierung überall aus Furchtsener vor dem Kapitalismus und zum Schaden der Arbeiter verjagt hat. Die gewohnten Mittelstände Mittelstandsreformer warnen vor einer Fortsetzung der Sozialpolitik, weil sie angeblich den Mittelstand zu sehr belastet. Die offenen Arbeiterfeinde verlangen mit ehrlicher Brutalität die Zerrückung der Sozialpolitik und beiten Ständes der Sozialpolitik — des Koalitionsrechts.

Wir können bei den bescheidenen Raumverhältnissen dieses Blattes nur einige besonders charakteristische Tatsachen herausgreifen und beschränken uns deshalb auf die Erwähnung solcher Abgeordneten, die in besonders markanter Weise hervorgetreten sind. Die Debatte wurde eröffnet mit einer glänzenden Anklage gegen die Sozialpolitik in Berlin gegen die Untätigkeit der Reichsregierung und über ihre Abhängigkeit vom preussischen Junkertum. Mit schier erdrückendem Material ausgerüstet, wies Fischer nach, was die Reichsregierung alles nicht getan hat, wie sie vollkommen im Schlepptau der sozialpolitischen Bremser festge. Als wenn ein Stein in einen Ameisenhaufen geworfen wäre, so krübelten und frabbelten die Minister und Geheimräte auf der Bundesratsseite durcheinander, als Fischer den dokumentarischen Nachweis erbrachte für die geradezu knechtliche Abhängigkeit der Reichsregierung von Preußen. Der Reichstag hatte mehrfach, zuletzt einstimmig, eine Resolution angenommen, durch die die Reichsregierung aufgefordert worden war, einheitliche Wahlurnen im Reich einzuführen, um das Wahlgheimnis endlich sicherzustellen. Staatssekretär Delbrück hatte unter Bezugnahme auf diese einstimmigen Kundgebungen des Reichstages den preussischen Minister v. Dallwitz inwiefern gebeten, doch zuzustimmen. Der Junker-Minister v. Dallwitz aber lehnte ab, und so haben wir bisher die das Wahlgheimnis sichernden Urnen im Reich noch nicht! Es darf den Junkern in Preußen nicht unmöglich gemacht werden, das Wahlgheimnis zu ihren Gunsten mit Zuhilfenahme von Suppenküffeln, Zigarrenstiften, Gutschnackeln usw. zu korrigieren! Man stelle sich vor, wie Preußen in bedeutungsvolleren Lebensfragen das Reich bittelt, wenn es schon in einer so relativ bescheidenen Angelegenheit seinen Herrschaftspunkt vertritt. Auf den nicht hoch genug einzuschätzenden Nachweis wußte der Staatssekretär Delbrück nichts anderes zu antworten, als daß

Fischer hat auf Material trage, das nur durch einen Vertrauensmann in seinen Besitz gelangt sein könne. Das in hier vorläufig die nebenstehende Frage. Die Hauptfrage ist, daß das ganze Reich nurmehr weiß, daß Preußen das Reich dirigiert, daß die preussischen Junker, die infolge eines unheimlichen Wahlvertrahens den Reichstag beherrschen, die Rechte der Reichsminister nicht nur für Preußen, sondern für das ganze Reich. Die richtigen Anknüpfungen ergeben sich ganz von selbst.

Den sozialpolitischen Verdingen, den der antisemitische Exterleher Werner im Reichstage angeführt hat, kann man nur erwidern, davon zu machen ist unmöglich — das hält kein Straußengericht aus. — Mit der ganzen Brutalität, deren nur ein preussischer Junker fähig ist, kämpfte dann der Graf Wetter gegen das Koalitionsrecht an. Mit welchem Feuerer forderte er in erster Linie das Verbot des Streikpostens. Nebenher suchte er wieder die Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie nachzuweisen, was ihm aber sehr schlecht bekommen ist. Das eine ist klar: die Söldlinge der Kapitalisten können Tag für Tag darüber nach, wie sie den Arbeitern das wertvollste Recht am schnellsten genehmigen, wie sie am besten die Arbeiterchaft dem Kapitalismus auf Gnade und Ungnade ausliefern können. Aber die Herrschaften vergessen eins: die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter und deren Entschlossenheit zum unermüdlichen Kampfe. Wenn es noch eines Nachweises für die unbedingte Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter bedürft hätte, der Junker Westarp und die ihm Gefinnungsverwandten haben ihn im Reichstage erbracht.

Die Abstimmungen über die sozialpolitischen Anträge sollen am 22. d. M. stattfinden, also zu spät, als daß wir in dieser Nummer noch darüber berichten könnten. Aber wir wagen es voraussagen: die von Westarp befürwortete Resolution wird nicht angenommen. Für die verächtlicheren Feinde der Arbeiter waren dort die 4 1/2 Millionen Sozialdemokraten, die am 12. Januar 1912 zur Halle gingen, eine zu deutliche Lehre. Nur die ganz Windwürigen wollen nichts lernen.

Wn die Arbeiter als Konsumenten richtet sich ein der diesmaligen Auflage beigelegtes Flugblatt der Generalkommission und des Vorstandes des Zentralverbandes der Konsumvereine. Wir empfehlen diese Beilage unseren Mitgliedern zum Studium, mit dem Wunsche, das Gelesene zu beachten und danach zu handeln.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Krisenverwaltungen werden ersucht, am Sonnabend, den 25. Januar, die Zahl der Arbeitslosen und die der sich zufällig dort aufhaltenden Zugereisten festzustellen und in die grüne Berichtskarte einzutragen. Diese Karte ist spätestens bis 4. Februar einzufenden.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsangehörigen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Quartalversammlungen.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Renewahl des halben Vorstandes, 3. Verschiedenes.
 Berlin. Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15.
 Brandenburg a. H. Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Verammlung.
 Giesfeld. Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, beim Wirt Otto Hüffing, Dornestrasse.
 Frankfurt a. M. Samstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 Regensburg. Sonnabend, den 25. d. M., in der „Neuen Welt“ bei Oskar Kleine, Rajlochberg.
 Mannheim. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 1/2 Uhr, im Lokal zur Vergütung, 54 Nr. 9.

Mehrere tüchtige Sattler auf Armeemittel und Offiziersausrüstungen gesucht. Ludwig Schröder, Aushub.

Für sofort oder später **tüchtige Portefeuller** für **Recessaire- und Einrichtungsstücken**, sog. Continen, die für Automobile Verwendung finden, für dauernden Wochenlohn gesucht. — Briefliche Meldungen unter Nr. 368 befördert die Expedition dieser Zeitung.

An die Meisenunterstützungsausgeber!
 Die aus Paris zurückgekehrten Mitglieder Siegmund Wandi, grüne Legitimationskarte 180, und Zander Adler, grüne Legitimationskarte 168, haben in Stralburg i. G. je 6,00 Mk. zuviel an Meisenunterstützung erhalten. Die Ausgeber der Meisenunterstützung sind verpflichtet, den beiden Genannten den zuviel gezahlten Betrag von den zukünftigen Unterstüttungen in Abzug zu bringen.

Adressenänderungen.

Brestau. K. Hermann Arntke, Victoriastr. 37 IV, V. „Zwei Kollaten“, Lichtinerstr. 27 28. R. U. bei Hermann Arntke, Victoriastr. 37, von 12 1 Uhr, 1/2 bis 1 1/2 Uhr.
 Zeitz. K. Otto Jant, Leipziger Straße 23 I.
 Jena. H. Reganus Jurid, Zwargengasse 15 II.
 K. Otto Heimann, Unterer Philosophenweg 22 IV.
 Barch i. C. R. Karl Zander, Eigenheim-Josonie 14. K. Karl Schickel, Döberlplatz 32.
 Wilm. B. Unger, Wein-Ringstr. Grembergstr. 246.
 Königsberg. B. Demaria, Hermann, Poststr. 35.
 Mühlheim-Nuhr. B. Josef Witzke, Oberstr. 24.

Verfammlungskalender.

Berlin. Freierienbranchen. Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in „Schulz Brachstraße“, Mühlstr. 17, Eingang Königsgraben.
 Göttingen. Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
 Dessau. Sonnabend, den 1. Februar, abends 9 Uhr, „Lidol“.
 Dortmund. Samstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Stadthaus“.
 Düsseldorf. Samstag, den 1. Februar, abends 9 Uhr, Rajerstr. 65.
 Gießen. Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Bürgergarten“.
 Halle. Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
 Kassel. Freitag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Graben bei Sommer.
 Kaiserslautern. Sonnabend, den 1. Februar, abends 9 Uhr, „Schützenheim“.
 Kl. Aueheim. Samstag, den 1. Februar, abends 9 Uhr, „Deutscher Kaiser“.
 Königshütte. Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 1 Uhr, Wassertr. 5.
 Leizvig. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Generalversammlung.
 Mainz. Samstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Ring“.
 Mühlheim-Nuhr. Samstag, den 1. Februar, abends 9 Uhr, Hollenberg, Fiskuswall 6.
 Offenbach a. M. Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Kultur 9, Generalversammlung.
 Remscheid. Samstag, den 1. Februar, abends 9 Uhr, „Volkshaus“.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 15. Februar im „Deutschen Post“, Luckauer Straße 15: **Großes Dächauer Bauernfest** zu welchem alle Gemeindeglieder mit ihren Fremden und Bekannten, wenn irgend möglich in Nationaltracht, zu erscheinen haben. Auftreten der Original-Dächauer Jodler und Schupplattlergesellschaft. — **Rutschbahn.** — Der Radl-Zeppel ist an da.
 Um 1 Uhr: **Gratisverlosung einer Tiefen-Schlackwurff** sowie vieles andere.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Für Gemeindesteuern werden 60 Pf. erhoben. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Tas Komitee.
 Restkarten sind im Bureau sowie bei den Berichtvertrauensleuten zu haben.

Gesucht tüchtige Teilarbeiter auf Herren- und Damenmättel. Stellung dauernd. G. Wapler & Sohn, Postleferanten, Hannover, Langelaube 4.

Kofferarbeiter,

auf billigere Handkoffer eingearbeitet, per sofort gesucht. Stellung dauernd und selbstständig. Rheinheftische Kartonnagen- und Kofferfabrik Alfred Sigg, Mainz.